

# Auszug aus dem Datenreport 2008

## Kapitel 16 Deutschland in Europa

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15


16



# 16 Deutschland in Europa

## 16.1 Deutschland in der Europäischen Union

Johanna Mischke

Deutschland liegt mitten in Europa und das nicht nur geografisch. Auch kulturell, politisch und wirtschaftlich ist Deutschland fest in europäische Strukturen eingebettet – Deutschland ist Teil der Europäischen Union, einem Staatenverbund mit mittlerweile 27 Mitgliedsländern. 

Die zunehmende grenzüberschreitende Verflechtung von Gesellschaft und Wirtschaft, zu deren Begleiterscheinungen auch der härter werdende internationale Wettbewerb gehört, schärft dabei den Blick für Entwicklungen in den Nachbar-

ländern: Wie erfolgreich bekommen die anderen Staaten die demografischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen bzw. Probleme in den Griff?

Der vorliegende Beitrag vergleicht ausgewählte Merkmale aus den Bereichen Bevölkerung, Lebensverhältnisse, Wirtschaft, Finanzen und Arbeitsmarkt. Die Darstellung umfasst die EU und ihre Mitgliedsländer. An einigen Stellen werden zudem die Vergleichswerte anderer großer Industrienationen herangezogen. Die Daten stammen bis auf wenige gekenn-

zeichnete Ausnahmen aus Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat). Eurostat harmonisiert in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten nationale Daten, um die Vergleichbarkeit auf europäischer Ebene herzustellen. Die Zahlen für Deutschland können dadurch von den nationalen Zahlen in den vorangegangenen Kapiteln abweichen. Einige der verwendeten Werte waren zum Redaktionsschluss noch vorläufig. Durch Datenrevisionen können daher Abweichungen auftreten.

### Entstehung und Entwicklung der Europäischen Union

Der europäische Integrationsprozess begann vor mehr als fünf Jahrzehnten. 1951 gründeten sechs europäische Staaten, darunter die Bundesrepublik Deutschland, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Schnell weiteten die Länder ihre Zusammenarbeit auch auf andere Wirtschaftsbereiche aus. 1957 unterzeichneten sie den Vertrag von Rom und gründeten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Zu den ersten Maßnahmen der Gemeinschaft zählten damals der Abbau der zwischenstaatlichen Zollschränken und die Einführung eines gemeinsamen Außenzolltarifsystems.

In den folgenden Jahrzehnten schlossen sich immer mehr europäische Länder der Gemeinschaft an. Die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde schrittweise ausgeweitet und inhaltlich weiter

vertieft. Ein wichtiger Meilenstein war 1992 die Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages, mit dem die Europäische Union (EU) gegründet wurde. Gleichzeitig legten die Mitgliedsländer den Grundstein für eine gemeinsame Währung, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres.

1993 vollzogen die EU-Länder den Schritt zum gemeinsamen Binnenmarkt mit freiem Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr. Im Rahmen einer Wirtschafts- und Währungsunion wurde 1999 der Euro als gemeinsame Währung eingeführt. Seit 2002 als Bargeld in Umlauf, ersetzt der Euro in mittlerweile 15 der 27 EU-Staaten die nationale Währung. Weitere Länder streben die Aufnahme in die Eurozone an.

Die EU umfasst gegenwärtig knapp eine halbe Milliarde Einwohner und erwirtschaf-

tete 2007 ein Bruttoinlandsprodukt von mehr als zwölf Billionen Euro. Die EU ist damit vor den USA der weltweit größte Wirtschaftsakteur.

Jahr des Beitritts	EU-Staaten
1957	Gründungsmitglieder: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande
1973	Dänemark, Irland, Vereinigtes Königreich
1981	Griechenland
1986	Portugal, Spanien
1995	Finnland, Österreich, Schweden
2004	Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern
2007	Bulgarien, Rumänien

### 16.1.1 Bevölkerung

495,1 Mill. Menschen lebten Anfang 2007 in der EU. 82,3 Mill. bzw. fast jeder Sechste davon wohnte in Deutschland. Die beiden nächstgrößten EU-Staaten Frankreich und das Vereinigte Königreich zählten 63,4 Mill. bzw. 60,9 Mill. Einwohner. Die Bevölkerungsdichte schwankte zwischen 17 Einwohner/km<sup>2</sup> in Finnland und 1279 Einwohner/km<sup>2</sup> in Malta. Deutschland, wo auf einem Quadratkilometer im Durchschnitt 231 Menschen lebten, war

eines der am dichtesten besiedelten EU-Länder. → **Abb. 1, Tab. 1**

Die EU-Gesamtbevölkerung wuchs zwischen dem 1. Januar 2006 und 1. Januar 2007 um 2,1 Mill. Menschen bzw. 0,4%. Innerhalb der EU verlief die demografische Entwicklung jedoch unterschiedlich. In 19 Ländern wuchs die Bevölkerung im Verlauf des Jahres 2006. In acht Ländern, darunter Deutschland, schrumpfte sie. Wie sich die Gesamtbevölkerung eines Landes entwickelt, hängt dabei von

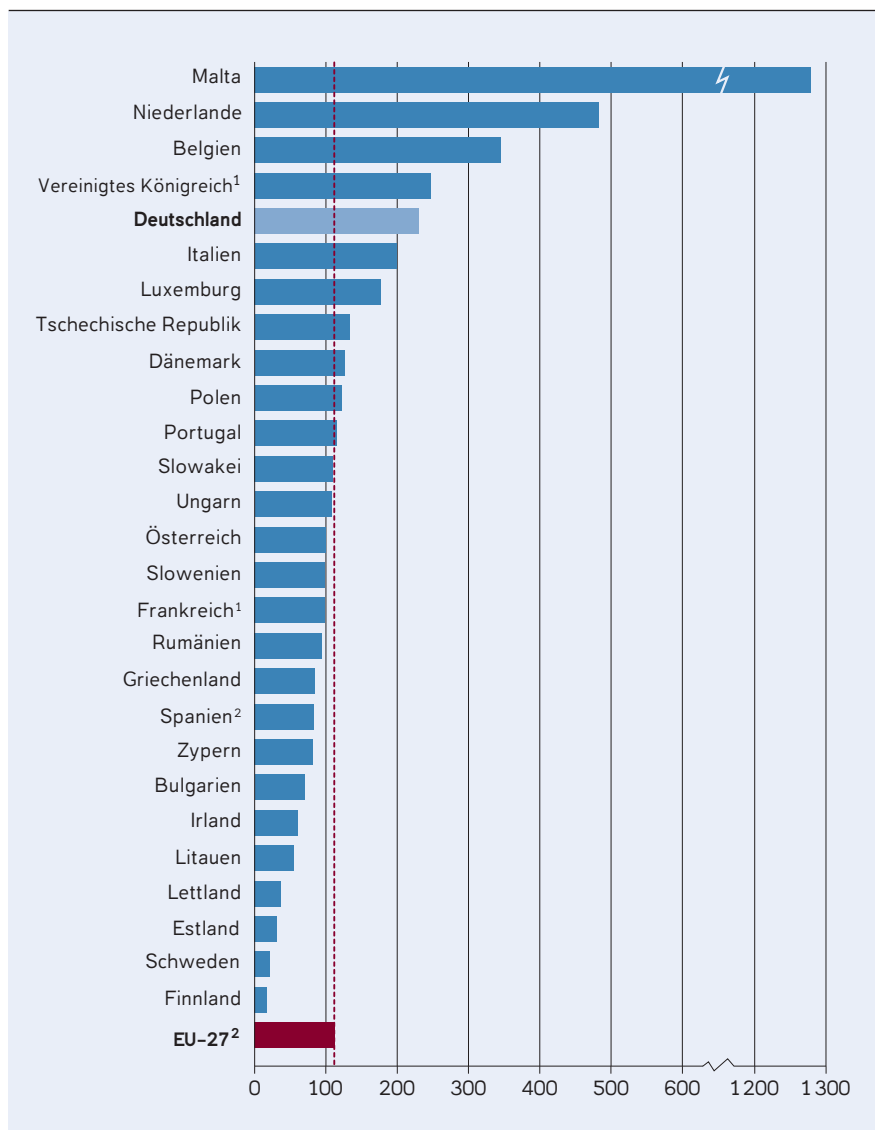
der natürlichen Wachstumsrate sowie den Wanderungsbewegungen ab.

Damit sich die Bevölkerung eines Landes auf natürliche Weise reproduzieren kann, ist Demografen zufolge in hoch entwickelten Ländern mit geringer Kindersterblichkeit eine Zahl von durchschnittlich 2,1 Kindern je Frau erforderlich. Diesen Wert erreichte 2006 kein EU-Staat mehr. In Frankreich, dem Land mit der höchsten Geburtenziffer, bekam eine Frau durchschnittlich 2,0 Kinder. In Deutschland betrug die durchschnittliche Kinderzahl 1,3. Die geringsten Geburtenziffern wiesen einige der neuen Mitgliedstaaten des ehemaligen Ostblocks auf. Das Schlusslicht bildete die Slowakei mit 1,2 Kindern je Frau. → **Abb. 2**

Trotz der niedrigen Geburtenraten wuchs die Bevölkerung der EU-27. Aufgrund der steigenden Lebenserwartung, u. a. durch den medizinischen Fortschritt, sowie ausreichend stark besetzter Jahrgänge im potenziellen Elternalter wurden zwischen dem 1. Januar 2006 und 1. Januar 2007 rund 423 000 mehr Menschen geboren als starben. In den einzelnen Ländern waren dabei aber gegenläufige Entwicklungen zu beobachten: So nahm z. B. die Bevölkerung Frankreichs auf natürliche Weise um 287 000 Personen zu. In Deutschland hingegen starben 152 000 mehr Menschen, als zur Welt kamen. Auch in vielen mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern führten die geringen Geburtenraten und die im EU-Vergleich niedrigere Lebenserwartung zu einem Sterbeüberschuss.

Durch legale Migration wuchs die Bevölkerung der EU-27 zwischen dem 1. Januar 2006 und 1. Januar 2007 um rund 1,65 Mill. Menschen. Hauptziel der Zuwanderer waren die südeuropäischen Länder. Ganz vorn lag Spanien, das einen Zuwanderungsgewinn von 685 000 Personen verzeichnete. Nach Deutschland kamen 37 000 Menschen mehr, als im selben Jahr fortzogen. In einigen Ländern war die Wanderungsbilanz hingegen ne-

**Abb. 1: Einwohner je Quadratkilometer 2005**



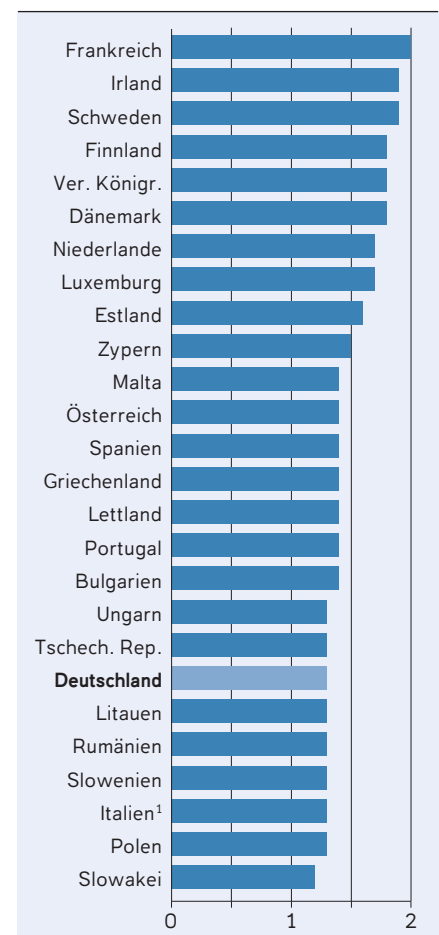
1 2004.  
2 2003.

**Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung zwischen dem 1. Januar 2006 und dem 1. Januar 2007**

	Natürliche Bevölkerungs- veränderung	Wanderungs- saldo	Gesamtsaldo	Gesamt- bevölkerung 1.1.2007
	in 1000			Mill.
Belgien	18,7	57,5	76,2	10,6
Bulgarien	-40,5	-33,8	-74,2	7,7
Dänemark	8,1	24,5	32,6	5,4
<b>Deutschland</b>	<b>-151,8</b>	<b>37,0</b>	<b>-114,7</b>	<b>82,3</b>
Estland	- 1,8	-2,0	-3,8	1,3
Finnland	10,6	9,3	19,9	5,3
Frankreich <sup>1</sup>	286,9	100,0	386,9	63,4
Griechenland	4,5	40,5	45,0	11,2
Irland	37,9	62,2	100,2	4,3
Italien	-7,4	454,5	447,1	59,1
Lettland	-10,3	-1,9	-12,2	2,3
Litauen	-13,7	-5,7	-19,4	3,4
Luxemburg	1,7	4,3	6,0	0,5
Malta	0,8	1,9	2,7	0,4
Niederlande	49,9	-5,8	44,1	16,4
Österreich	0,2	28,1	28,3	8,3
Polen	8,8	-138,1	-129,3	38,1
Portugal	-0,5	34,5	33,9	10,6
Rumänien	-41,8	-100,0	-141,8	21,6
Schweden	15,9	52,5	68,4	9,1
Slowakei	-0,5	5,6	5,1	5,4
Slowenien	0,5	11,7	12,3	2,0
Spanien	98,2	684,9	783,1	44,5
Tschechische Republik	11,2	47,6	58,7	10,3
Ungarn	-36,9	17,0	-19,9	10,1
Vereinigtes Königreich	170,4	247,0	417,5	60,9
Zypern	3,1	14,6	17,7	0,8
<b>EU-27</b>	<b>422,5</b>	<b>1647,7</b>	<b>2070,2</b>	<b>495,1</b>

<sup>1</sup> Einschl. Überseegebiete.

**Abb. 2: Durchschnittliche Kinderzahl je Frau 2006**



Für Belgien sind keine Angaben vorhanden.  
1 2005.

gativ. So verzeichnete z. B. Polen ein Minus von 138 000 Personen.

## 16.1.2 Wirtschaft und Finanzen

### Wirtschaftsleistung

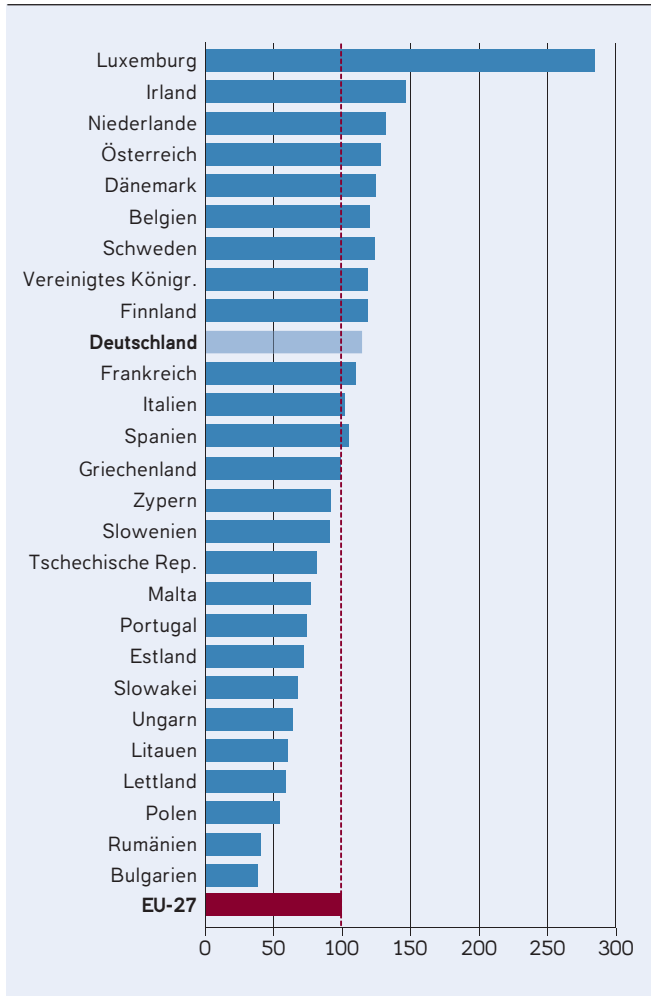
2007 erzielten die 27 Länder der EU zusammen ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 12,3 Billionen Euro. Zum Vergleich: Das BIP der USA betrug 10,1 Billionen Euro. Ein Fünftel des BIP der EU-27 (= 2,4 Bill. Euro) wurde in Deutschland erwirtschaftet. Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsgröße und der Kaufkraft lag die deutsche Wirtschaftsleistung zwar 15 % über dem EU-Durchschnitt, im Ländervergleich aber nur an zehnter Stelle.

Das wohlhabendste EU-Land war Luxemburg, das gemessen am BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS) das EU-Niveau um fast das Dreifache übertraf. An zweiter Stelle stand Irland, das bei seinem Beitritt zur Staatengemeinschaft 1973 noch zu den wirtschaftlich ärmsten Mitgliedsländern gehört hatte. Die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung aller seit 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten betrug weniger als der EU-27-Durchschnitt. Ein Blick auf die Wachstumsraten zeigt jedoch, dass die neuen Mitgliedsländer aufholen: So erhöhte sich das reale BIP in Lettland 2006 im Vergleich zum Vorjahr um 11,9 %, das von Estland um 11,2 %. Deutschland lag mit einer Wachstumsrate von 2,9 % unter dem EU-Durchschnitt von 3,0 %. ➔ **Abb. 3,4**

### Kaufkraftstandard (KKS)

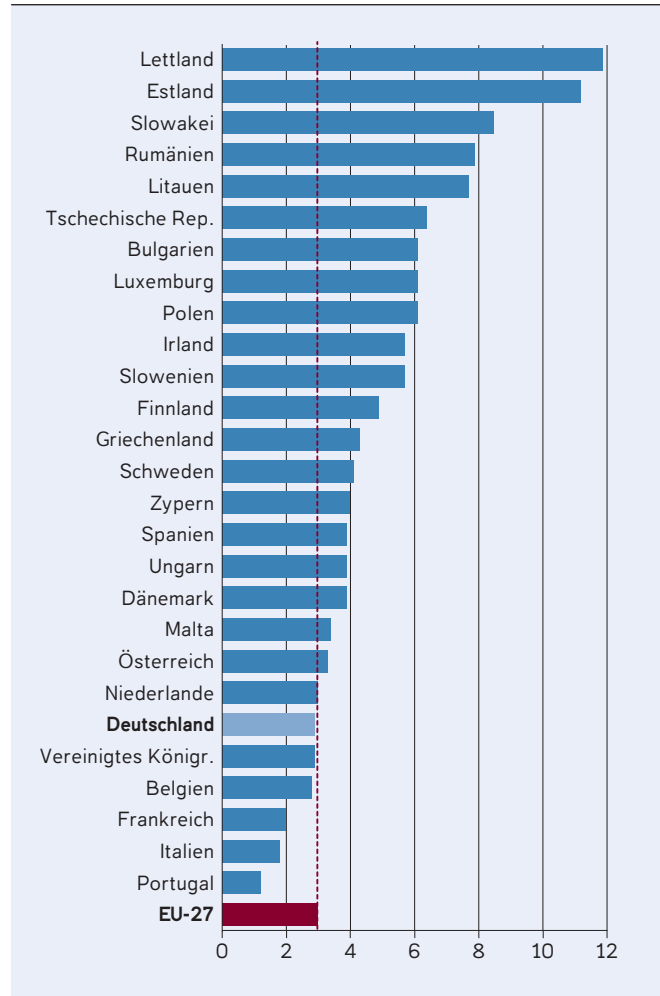
Bevor man Vergleiche über das BIP in den EU-Ländern anstellen kann, müssen die bestehenden Preisniveauunterschiede bereinigt werden. Dies geschieht durch Ermittlung von Preisen für einen vergleichbaren und repräsentativen Korb von Waren und Dienstleistungen in den einzelnen EU-Ländern. Diese Preise werden dann in einer gemeinsamen künstlichen Währung angegeben, die als »Kaufkraftstandard« (KKS) bezeichnet wird. Mit Hilfe des »BIP pro Kopf in KKS«, das neben den Preisniveauunterschieden auch noch die Bevölkerungsgröße eines Landes berücksichtigt, wird häufig der Lebensstandard von Staaten miteinander verglichen.

**Abb. 3: BIP je Einwohner in KKS (EU-27=100)**



Prognose für 2007. KKS=Kaufkraftstandards.

**Abb. 4: Wachstumsrate des realen BIP 2006, in %**



### Asymmetrien in der Außenhandelsstatistik

Betrachtet man den Intra-Handel zwischen den 27 Ländern der EU, so müssten sich die Importe und Exporte in der Außenhandelsstatistik eigentlich die Waage halten.

In der Praxis ist dies jedoch nicht der Fall. Zwar ist die Außenhandelsstatistik der EU-Länder in weiten Teilen bereits harmonisiert, einige Fehlerquellen lassen sich trotzdem nicht vollends beseitigen. So können z. B. die Warenbewegungen in Herkunfts- und Zielland unterschiedlichen Meldezeiträumen zugeordnet werden (z. B. zum Jahreswechsel). Möglich sind auch unterschiedliche Deklarationen in den Ländern im Fall von Transitgeschäften oder grenzüberschreitenden Warentransporten zum Zwecke der Veredelung. Eine weitere Fehlerquelle ergibt sich dadurch, dass mögliche Antwortausfälle sowie der Handel von Unternehmen, die wegen Geringfügigkeit unter der Meldeschwelle liegen, durch Schätzungen ersetzt werden. Die dabei verwendeten Methoden und deren Qualität sind von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich. Folge sind die in der Außenhandelsstatistik beobachteten Asymmetrien zwischen den Ein- und Ausfuhren.

### Internationaler Warenhandel

2005 war die EU-27 zu jeweils rund einem Fünftel am Weltimport und -export beteiligt. Gemessen am Außenhandelsumsatz, der die Summe der Importe und Exporte umfasst, stellte sie damit den weltweit größten Handelsakteur dar.

Im Extra-EU-Handel wurden 2006 aus den 27 Ländern der EU Waren im Wert von 1 157,2 Mrd. Euro in Nicht-EU-Länder exportiert und für 1 350,2 Mrd. Euro in die EU-27 importiert. Die Handelsbilanz, die den Wert der Ein- und Ausfuhren gegenüberstellt, betrug somit -193 Mrd. Euro und war, wie in den Vorjahren, negativ. Die Differenz fiel jedoch relativ gering aus im Vergleich zu

**Tab. 2: Internationaler Warenhandel 2006**

	Einfuhren	Ausfuhren
	Mrd. EUR	
<b>EU-27 (Extra-Handel)</b>	<b>1 350,2</b>	<b>1 157,2</b>
Vereinigte Staaten	1 528,4	825,9
China (ohne Hongkong)	630,3	771,7
Japan	461,2	515,1

den USA, die im Saldo -702,4 Mrd. Euro verzeichneten. Chinas Handelsbilanz war hingegen positiv: Der Wert der Exporte überstieg den Wert der Importe um 141,4 Mrd. Euro. → Tab. 2, Abb. 5

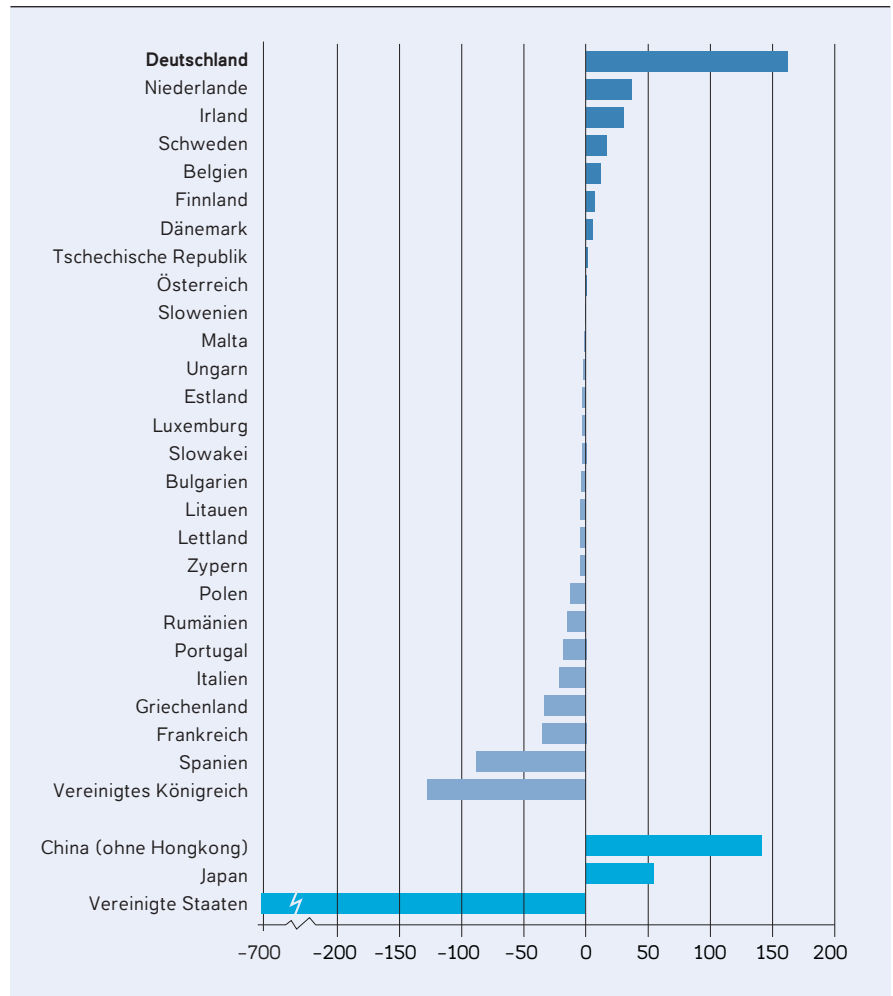
Der Intra-EU-Handel, d. h. der Handel zwischen den EU-Ländern, erhöhte sich in den vergangenen Jahren immer weiter. Der Gesamtwert der gehandelten Waren überschreitet mittlerweile im Jahr deutlich die 2 000 Mrd. Euro-Grenze. → Abb. 6

Die mit Abstand größte Handelsnation in der EU war Deutschland. 2006 wurden insgesamt Waren im Wert von rund 724 Mrd. Euro aus EU- und Drittländern eingeführt. Der Wert der deutschen Exporte in EU- und Drittländer betrug rund 886 Mrd. Euro – kein anderes Land weltweit führte mehr Waren aus. Für 2006 wies die deutsche Handelsbilanz einen Überschuss von genau 162 Mrd. Euro aus. Die Niederlande, in der EU auf dem zweiten Platz, erwirtschafteten mit einem Außenhandelsüberschuss von 36,6 Mrd. Euro ein Fünftel dessen. Das größte Handelsbilanzdefizit wies mit -127,5 Mrd. Euro das Vereinigte Königreich auf. [1]

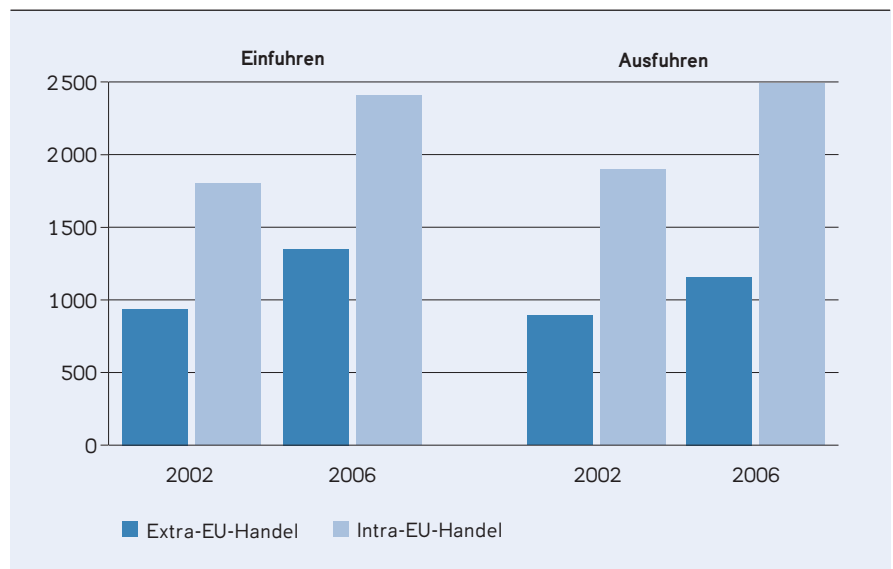
**Finanzen**

Im Hinblick auf solide Staatsfinanzen forderte der Europäische Rat die EU-Mitgliedstaaten 2006 auf, eine Haushaltskonsolidierung im Einklang mit dem 1996 für die Euro-Teilnehmerländer verabschiedeten Stabilitäts- und Wachstumspakt anzustreben. Demnach sollte – wie bereits im Vorfeld der Euro-Einführung

**Abb. 5: Saldo der Handelsbilanz 2006, in Mrd. EUR**



**Abb. 6: Entwicklung des EU-Handels, in Mrd. EUR**



mit den Konvergenzkriterien im Maastrichter Vertrag von 1992 festgelegt – das öffentliche Defizit maximal 3 % des BIP und der öffentliche Schuldenstand nicht mehr als 60 % des BIP betragen.

Innerhalb der Eurozone, zu der seit 2008 die Länder Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, Spanien und Zypern gehören, gab es bislang jedoch höchst unterschiedliche Erfolge bei der Kontrolle der Staatsfinanzen. Zwei Länder verfehlten 2006 das 3 %-Kriterium bei der Neuverschuldung: In Italien betrug das Staatsdefizit –4,4 %, in Portugal –3,9 % des BIP. Deutschland blieb mit

einem Defizit von –1,6 % des BIP das erste Mal seit 2001 wieder unter der vereinbarten 3 %-Grenze. Sechs Euro-Länder machten hingegen gar keine Schulden und verzeichneten stattdessen einen Einnahmeüberschuss. Am erfolgreichsten war Finnland mit einem Plus von 3,8 % des BIP. Unter den EU-Ländern außerhalb der Eurozone verschuldete sich Ungarn mit einem Defizit von –9,2 % des BIP 2006 am stärksten. Den höchsten Haushaltsüberschuss der EU-Länder außerhalb der Eurozone verzeichnete Dänemark mit 4,6 %. → Tab. 3

Der öffentliche Schuldenstand überstieg in neun von 15 Euro-Ländern ebenfalls den vereinbarten Referenzwert von 60 %

des BIP. Deutschland hielt diesen Wert letztmalig 2001 ein. 2006 belief sich der Schuldenstand auf 67,5 % des BIP. Deutlich höher noch lagen die Schuldenquoten u. a. in den Euro-Ländern Griechenland (95,3 %) und Italien (106,8 %). Den niedrigsten Schuldenstand im Euro-Raum verzeichnete Luxemburg mit 6,6 % des BIP. Außerhalb der Eurozone hielten alle EU-Länder, außer Ungarn, den Referenzwert von 60 % ein.

Während für die Kontrolle der öffentlichen Finanzen die Regierungen der EU-Länder verantwortlich sind, obliegt die Überwachung der Preisniveaustabilität der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem »Europäischen System der Zentralbanken« (ESZB). Nach der Definition der EZB ist Preisniveaustabilität in der Eurozone dann gegeben, wenn die jährliche Inflationsrate mittelfristig nahe oder unter zwei Prozent liegt. EU-Staaten, die sich erst noch der Eurozone anschließen wollen, müssen eine Inflationsrate aufweisen, die im letzten Jahr vor der Prüfung maximal 1,5 Prozentpunkte über derjenigen der drei preisstabilsten Mitgliedsländer lag. 2006 betrug die Inflationsrate in zehn Euro-Ländern über 2 %. Am höchsten war sie mit 3,6 % in Spanien. Deutschland verzeichnete eine Rate von 1,8 % und gehörte damit zu den preisstabilsten Ländern der Eurozone. Unter den EU-Ländern außerhalb der Eurozone war die Inflation mit 7,4 % in Bulgarien am höchsten.

**Tab. 3: Konvergenzkriterien 2006**

	Inflationsrate	Öffentlicher Schuldenstand	Neuverschuldung (Staatsdefizit bzw. -überschuss)
	in %	in % des BIP	
<b>Eurozone</b>	<b>2,2</b>	<b>68,8</b>	<b>-1,5</b>
Belgien	2,3	88,2	0,4
<b>Deutschland</b>	<b>1,8</b>	<b>67,5</b>	<b>-1,6</b>
Finnland	1,3	39,2	3,8
Frankreich	1,9	64,2	-2,5
Griechenland	3,3	95,3	-2,5
Irland	2,7	25,1	2,9
Italien	2,2	106,8	-4,4
Luxemburg	3,0	6,6	0,7
Malta	2,6	64,7	-2,5
Niederlande	1,7	47,9	0,6
Österreich	1,7	61,7	-1,4
Portugal	3,0	64,8	-3,9
Slowenien	2,5	27,1	-1,2
Spanien	3,6	39,7	1,8
Zypern	2,2	65,2	-1,2
<b>EU-Länder außerhalb der Eurozone</b>			
Bulgarien	7,4	22,8	3,2
Dänemark	1,9	30,3	4,6
Estland	4,4	4,0	3,6
Lettland	6,6	10,6	-0,3
Litauen	3,8	18,2	-0,6
Polen	1,3	47,6	-3,8
Rumänien	6,6	12,4	-1,9
Schweden	1,5	47,0	2,5
Slowakei	4,3	30,4	-3,7
Tschechische Republik	2,1	30,1	-2,9
Ungarn	4,0	65,6	-9,2
Vereinigtes Königreich	2,3	43,2	-2,7

### 16.1.3 Arbeitsmarkt

#### *Erwerbstätigkeit*

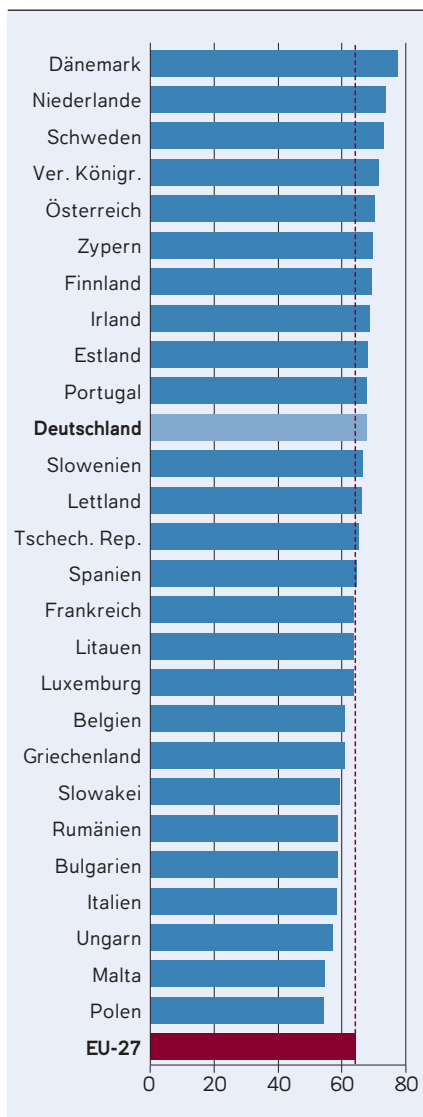
Die Situation auf dem europäischen Arbeitsmarkt hat sich in den vergangenen Jahren etwas verbessert. Seit 2003 lag das jährliche Beschäftigungswachstum in der EU-27 jeweils über dem Vorjahreswert. 2006 erreichte es mit 1,5 % ein vorläufiges Hoch. Den größten jährlichen Zuwachs verzeichnete 2006 Estland mit 5,4 %. Deutschland erreichte mit 0,6 % zwar den höchsten Wachstumswert seit

2000, bildete damit in der EU aber das Schlusslicht.

2006 waren 64,5 % aller 15- bis 64-jährigen EU-Bürger erwerbstätig. In Deutschland lag die Beteiligung mit 67,8 % rund drei Prozentpunkte höher. In Dänemark, den Niederlanden, Österreich, Schweden und dem Vereinigten Königreich betrug die Quote bereits über 70 %, in Polen und Malta hingegen weniger als 55 %.

→ Abb. 7

**Abb. 7: Erwerbstätigenquote 2006, in %**



Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

**Tab. 4: Frauenerwerbstätigenquote 2006**

	in %
Dänemark	73,4
Schweden	70,7
Niederlande	67,7
Finnland	67,3
Vereinigtes Königreich	65,8
Estland	65,3
Österreich	63,5
Lettland	62,4
<b>Deutschland</b>	<b>62,2</b>
Portugal	62,0
Slowenien	61,8
Litauen	61,0
Zypern	60,3
Irland	59,3
Frankreich	58,8
<b>EU-27</b>	<b>57,3</b>
Tschechische Republik	56,8
Bulgarien	54,6
Luxemburg	54,6
Belgien	54,0
Spanien	53,2
Rumänien	53,0
Slowakei	51,9
Ungarn	51,1
Polen	48,2
Griechenland	47,4
Italien	46,3
Malta	34,9

Anteil der erwerbstätigen Frauen an der weiblichen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Die Frauen beteiligten sich dabei immer stärker am Berufsleben. Ihre Erwerbstätigenquote stieg zwischen 2001 und 2006 im EU-Durchschnitt von 54,3 % auf 57,3 %. Die höchste Quote verzeichnete 2006 Dänemark mit 73,4 %. In Deutschland waren 62,2 % der Frauen erwerbstätig. → Tab. 4

Ältere Erwerbstätige konnten sich hingegen weniger gut auf dem Arbeitsmarkt behaupten. Obwohl die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen innerhalb von fünf Jahren um fast sechs Prozentpunkte stieg, lag ihr Anteil 2006 in der EU erst bei 43,5 %. Eine Vorreiterrolle spielte dabei Schweden, wo knapp 70 % der 55- bis 64-Jährigen erwerbstätig waren. Deutschland verzeichnete einen Wert von 48,4 %. In einigen Ländern, darun-

**Tab. 5: Erwerbstätigenquote älterer Menschen 2006**

	in %
Schweden	69,6
Dänemark	60,7
Estland	58,5
Vereinigtes Königreich	57,4
Finnland	54,5
Zypern	53,6
Lettland	53,3
Irland	53,1
Portugal	50,1
Litauen	49,6
<b>Deutschland</b>	<b>48,4</b>
Niederlande	47,7
Tschechische Republik	45,2
Spanien	44,1
<b>EU-27</b>	<b>43,5</b>
Griechenland	42,3
Rumänien	41,7
Bulgarien	39,6
Frankreich	38,1
Österreich	35,5
Ungarn	33,6
Luxemburg	33,2
Slowakei	33,1
Slowenien	32,6
Italien	32,5
Belgien	32,0
Malta	30,0
Polen	28,1

Anteil der 55- bis 64-Jährigen an der Bevölkerung der gleichen Altersgruppe.

ter Italien, Belgien und Polen, befand sich hingegen nicht einmal mehr jeder Dritte im Erwerbsprozess. → Tab. 5

### Erwerbslosigkeit

Ungeachtet der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den vergangenen Jahren blieb die Erwerbslosigkeit in der EU ein schwerwiegendes Problem. 2006 waren in der EU 8,2 % der Erwerbsbevölkerung ohne Arbeit. Innerhalb der EU gab es dabei deutliche Unterschiede. Niedrige Quoten von unter 4 % verzeichneten die Niederlande und Dänemark. In Deutschland lag die Quote mit 9,8 % hingegen mehr als doppelt so hoch. Nur Polen mit 13,8 % und die Slowakei mit 13,4 % waren noch stärker von Erwerbslosigkeit betroffen. Problematisch war, dass EU-weit 2006 fast jeder zweite Er-



## Begriffsdefinitionen zur Arbeitsmarktstatistik

Zu den *Erwerbspersonen* bzw. zur *Erwerbsbevölkerung* zählen alle Erwerbstätigen und Erwerbslosen.

*Erwerbstätige* sind Personen von 15 bis 64 Jahren, die in der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt zur Gewinnerzielung oder Mehrung des Familieneinkommens gearbeitet haben oder aber einen Arbeitsplatz hatten, von dem sie vorübergehend abwesend waren aufgrund von Krankheit, Urlaub, Streik oder Weiterbildung.

*Erwerbslose* sind Personen von 15 bis 64 Jahren, die in der Berichtswoche ohne Arbeit waren, für eine Arbeit sofort zur Verfügung standen sowie in den vergangenen vier Wochen aktiv auf Arbeitssuche waren

oder eine Arbeit gefunden hatten, die sie innerhalb der nächsten drei Monate aufnehmen würden.

Die *Erwerbsquote* entspricht dem Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung der gleichen Altersgruppe.

Die *Erwerbstätigenquote* bezeichnet die Erwerbstätigen als Anteil an der Gesamtbevölkerung der gleichen Altersgruppe.

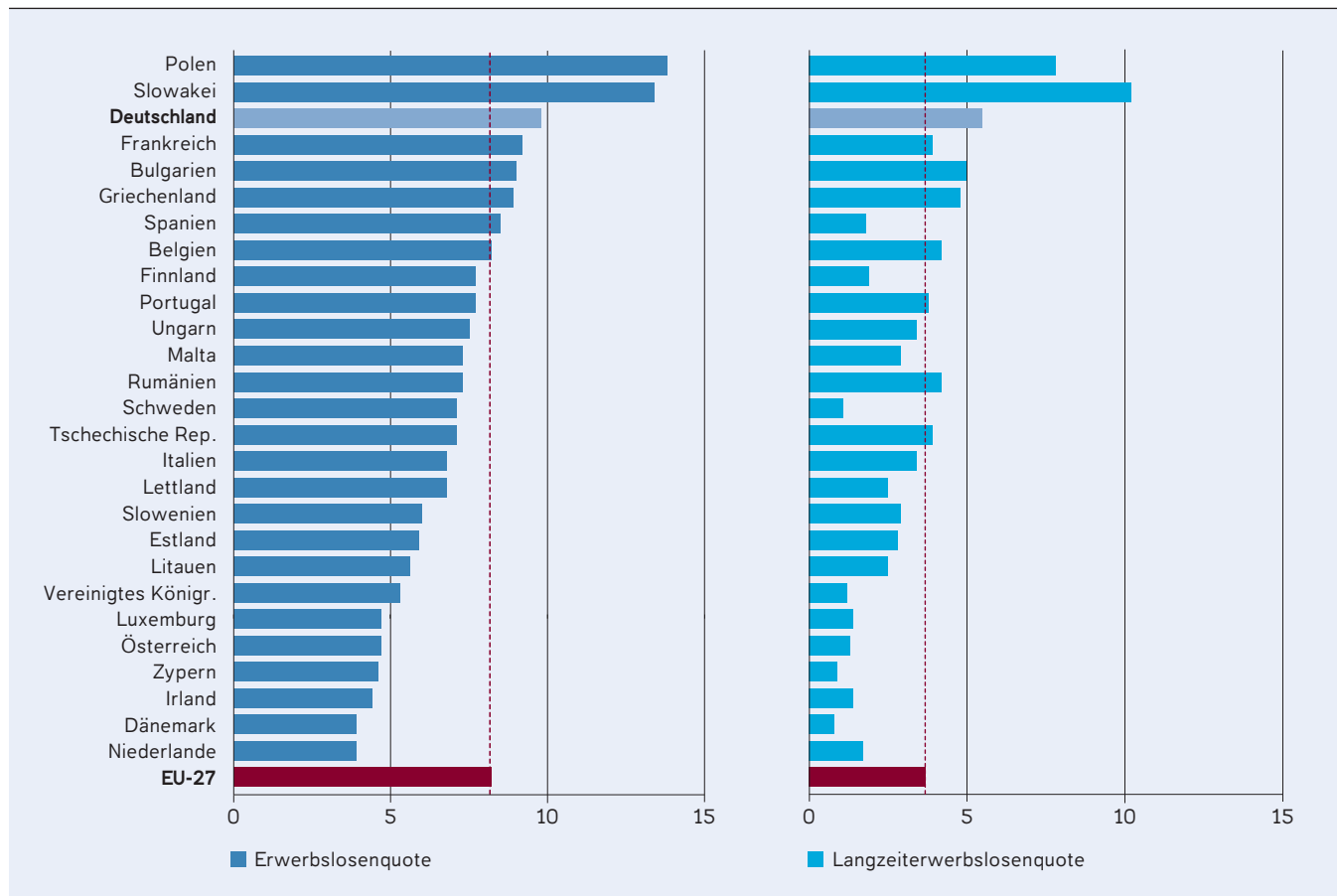
Die *Erwerbslosenquote* ist der Anteil der Erwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung der gleichen Altersgruppe. Die Erwerbslosenquote, auf die in diesem Band ausschließlich Bezug genommen wird, ist nicht vergleichbar mit der in Deutschland von der Bundesagentur für Arbeit (BA) monatlich veröffentlichten Arbeitslosenquote.

werbslose langzeiterwerbslos war, also bereits länger als ein Jahr ohne Job. Das traf besonders auf die Slowakei zu, wo mehr als drei Viertel aller Erwerbslosen schon länger als zwölf Monate ohne Arbeit waren. → [Abb. 8](#)

Frauen hatten es auf dem Arbeitsmarkt immer noch schwerer als Männer. So sahen sich 2006 im EU-Durchschnitt 7,6 % der Männer, aber 8,9 % der Frauen mit Erwerbslosigkeit konfrontiert. Dieses Geschlechter-Ungleichgewicht ließ sich allerdings in sieben EU-Ländern nicht beobachten. Darunter war auch Deutschland, wo 10,2 % der Männer, aber nur 9,4 % der Frauen erwerbslos waren. → [Tab. 6](#)

Von Erwerbslosigkeit in besonderem Maße betroffen waren auch Jugendliche unter 25 Jahren. In zahlreichen EU-Ländern gestaltet sich der Übergang von der

**Abb. 8: Erwerbs- und Langzeiterwerbslosenquote 2006, in %**




Anteil an der Erwerbsbevölkerung.

**Tab. 6: Erwerbslosenquote 2006**

	Männer	Frauen
	in %	
Belgien	7,4	9,3
Bulgarien	8,6	9,3
Dänemark	3,3	4,5
<b>Deutschland</b>	<b>10,2</b>	<b>9,4</b>
Estland	6,2	5,6
Finnland	7,4	8,1
Frankreich	8,4	10,1
Griechenland	5,6	13,6
Irland	4,6	4,1
Italien	5,4	8,8
Lettland	7,4	6,2
Litauen	5,8	5,4
Luxemburg	3,5	6,2
Malta	6,5	8,9
Niederlande	3,5	4,4
Österreich	4,4	5,2
Polen	13,0	14,9
Portugal	6,5	9,0
Rumänien	8,2	6,1
Schweden	6,9	7,2
Slowakei	12,3	14,7
Slowenien	4,9	7,2
Spanien	6,3	11,6
Tschechische Rep.	5,8	8,8
Ungarn	7,2	7,8
Vereinigtes Königr.	5,7	4,9
Zypern	4,0	5,4
<b>EU-27</b>	<b>7,6</b>	<b>8,9</b>

Anteil der Erwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung des gleichen Geschlechts.

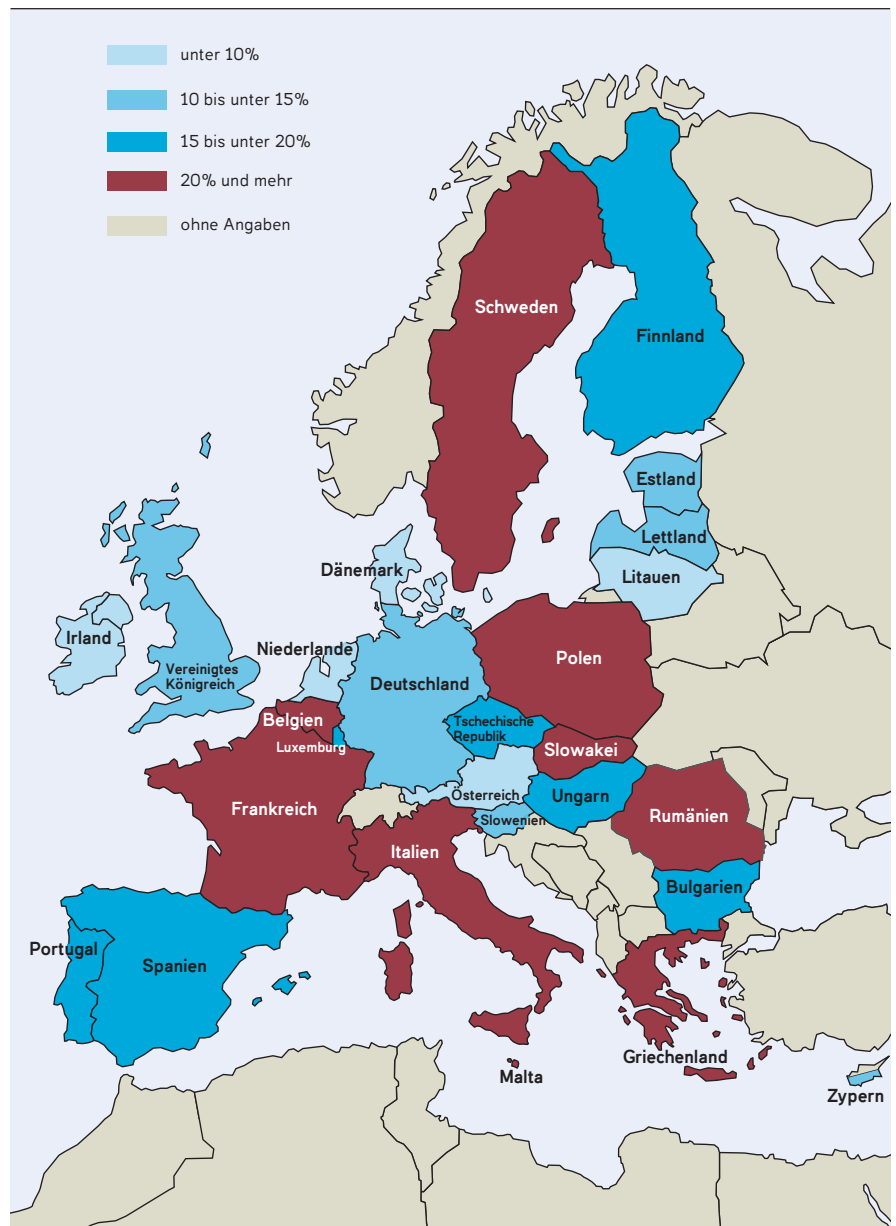
Schule ins Arbeitsleben äußerst problematisch. Schwierig war die Situation vor allem in Polen, der Slowakei und Griechenland, wo 2006 mehr als jeder Vierte unter 25 erwerbslos war. In Deutschland lag die Quote im gleichen Zeitraum bei 13,8 % und damit unter dem EU-Durchschnitt von 17,4 %. Dies war allerdings auch auf die längeren Ausbildungszeiten Jugendlicher in Deutschland zurückzuführen. → [Abb. 9](#) 

### 16.1.4 Lebensverhältnisse

#### Bildung

In Zeiten der Globalisierung und des rasanten technischen Fortschritts erleichtert eine gute Ausbildung den Zugang zum Arbeitsmarkt. Die jährlichen öffentlichen Gesamtausgaben für Bildung in den ein-

**Abb. 9: Jugenderwerbslosenquote 2006**



Anteil der Erwerbslosen unter 25 Jahren an der Erwerbsbevölkerung der gleichen Altersgruppe.

zelen EU-Mitgliedstaaten fallen dabei sehr unterschiedlich aus. So gab Dänemark 2004 mit 8,5 % des BIP anteilig am meisten für sein Bildungswesen aus. Schlusslicht war Rumänien mit 3,3 % des BIP. Deutschland lag mit einem Anteil von 4,6 % des BIP ebenfalls nur im hinteren Drittel. → [Tab. 7](#)

In der EU verfügten 2006 knapp 80 % aller 20- bis 24-jährigen Jugendlichen min-

destens über einen Bildungsabschluss der Sekundarstufe II (in Deutschland gleichbedeutend mit der Hochschulreife oder einem beruflichen Bildungsabschluss durch Lehre oder Berufsfachschule). Innerhalb der EU gab es jedoch große Unterschiede: So hatten in Portugal und Malta nur die Hälfte der jungen Leute einen Sekundar-II-Abschluss. In der Slowakei, Polen und der Tschechischen Republik lag dieser Anteil hingegen bei über 90 %. In

**Tab. 7: Ausgaben des Staates für das Bildungswesen 2004**

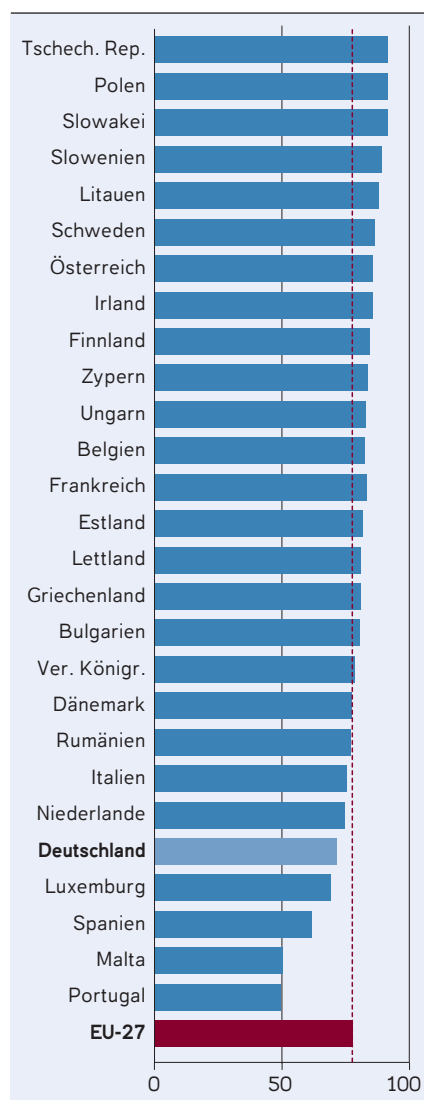
	Anteil am BIP in %
Dänemark	8,5
Schweden	7,2
Zypern	6,7
Finnland	6,4
Belgien	6,0
Slowenien	5,9
Frankreich	5,8
Österreich	5,4
Ungarn	5,4
Polen	5,4
Portugal	5,3
Vereinigtes Königreich	5,3
Litauen	5,2
Niederlande	5,2
Lettland	5,1
<b>EU-27</b>	<b>5,1</b>
Estland	5,0
Malta	4,9
Irland	4,7
<b>Deutschland</b>	<b>4,6</b>
Italien	4,6
Bulgarien	4,5
Tschechische Republik	4,4
Spanien	4,3
Slowakei	4,2
Luxemburg	3,9
Griechenland	3,8
Rumänien	3,3

Deutschland waren es 71,6 %. In allen 27 EU-Staaten wiesen Frauen dabei ein höheres Ausbildungsniveau auf als Männer: Im EU-Durchschnitt verfügten 80,8 % der Frauen über den Abschluss der Sekundarstufe II, bei den Männern waren es nur 75,0 %. In Deutschland betrug der Unterschied zwischen den Geschlechtern fast vier Prozentpunkte (73,5 % gegenüber 69,8 %). Die relativ niedrigen Werte für Deutschland sind jedoch zu einem wesentlichen Teil durch die Wahl der Altersgruppe bedingt: In Deutschland erreichen viele Jugendliche im Vergleich mit anderen europäischen Staaten relativ spät einen Abschluss der Sekundarstufe II.

➔ **Abb. 10**

Einen wesentlichen Beitrag zur Ausbildung hoch qualifizierter Fachleute leisten die Bildungseinrichtungen des Tertiärbereichs. In Deutschland zählen dazu Uni-

**Abb. 10: Bildungsstand der Jugendlichen 2006, in %**



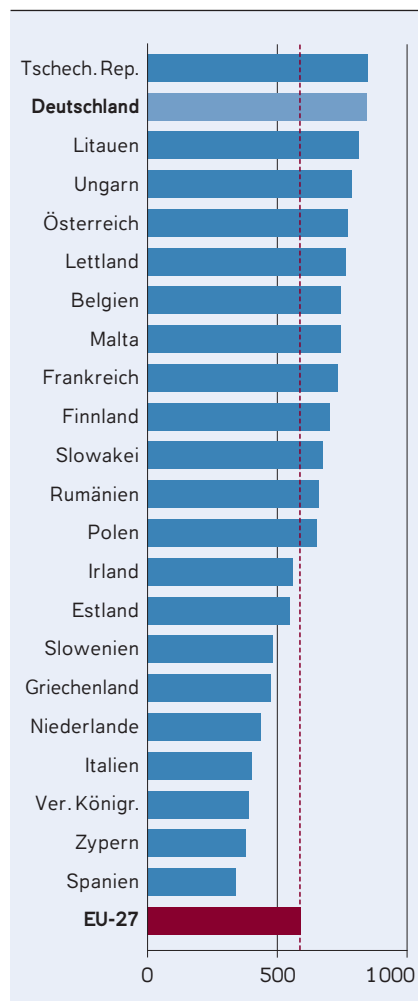
Anteil der 20- bis 24-Jährigen mit Abschluss in der Sekundarstufe II.

versitäten, Fachhochschulen, Berufsakademien, Fachschulen, Fachakademien sowie die zwei- und dreijährigen Schulen des Gesundheitswesens. An solchen Einrichtungen lernten 2005 EU-weit 18,5 Mill. Schüler und Studierende und damit 2,6 Mill. mehr als noch im Jahr 2000. In allen EU-Ländern, außer Deutschland, waren dabei die Frauen in der Überzahl: Ihr Anteil an der Gesamtzahl lag 2005 im EU-Durchschnitt bei 54,9 %. Am größten war ihr Anteil in Lettland (63,2 %) und Estland (61,5 %). In Deutschland betrug der Frauenanteil 49,6 %.

### Gesundheit

Erste Anhaltspunkte über die medizinische Versorgung in den einzelnen EU-Staaten lassen sich aus der Ärztedichte und der Anzahl der verfügbaren Krankenhausbetten je Einwohner ableiten. Belgien war, unter den Ländern für die Daten vorlagen, mit 400 praktizierenden Ärzten je 100 000 Einwohner 2005 das EU-Land mit der höchsten Ärzteversorgung. Deutschland gehörte mit 341 praktizierenden Ärzten je 100 000 Einwohner ebenfalls zu den EU-Spitzenreitern. Die niedrigsten Zahlen wiesen Polen und Rumänien mit 214 bzw. 217 praktizierenden Ärzten je 100 000 Einwohner auf.

**Abb. 11: Krankenhausbetten je 100 000 Einwohner 2005**



Für Bulgarien, Dänemark, Luxemburg, Portugal und Schweden sind keine Angaben vorhanden.

**Tab. 8: Säuglingssterblichkeit, je 1 000 Lebendgeborenen 2006**

	Anzahl
Rumänien	13,9
Bulgarien	9,7
Lettland	7,6
Litauen	6,8
Slowakei	6,6
Polen	6,0
Ungarn	5,7
Vereinigtes Königreich <sup>1</sup>	5,1
Estland	4,4
Niederlande	4,4
Italien <sup>2</sup>	3,9
Dänemark	3,8
<b>Deutschland</b>	<b>3,8</b>
Frankreich	3,8
Spanien	3,8
Belgien <sup>1</sup>	3,7
Griechenland	3,7
Irland	3,7
Malta	3,6
Österreich	3,6
Slowenien	3,4
Portugal	3,3
Tschechische Republik	3,3
Zypern	3,1
Finnland	2,8
Schweden	2,8
Luxemburg	2,5

<sup>1</sup> 2005.  
<sup>2</sup> 2004.

Die Zahl der Krankenhausbetten war in den zurückliegenden Jahren in fast allen EU-Ländern rückläufig. Die höchste Dichte verzeichneten 2005 die Tschechische Republik und Deutschland mit 850 bzw. 846 Krankenhausbetten je 100 000 Einwohner. → **Abb. 11**

Ein Indikator für die Qualität der Schwangeren- und Mutterfürsorge ist die Säuglingssterblichkeit, die in der EU im weltweiten Vergleich sehr gering ist. Zwischen den EU-Ländern gab es 2006 aber immer noch Unterschiede. Die geringste Säuglingssterbeziffer wies Luxemburg mit 2,5 Fällen je 1000 Lebendgeborenen auf. Deutschland lag mit einem Wert von 3,8 im Mittelfeld. Relativ hoch war die Ziffer in einigen neuen Mitgliedstaaten. So starben in Rumänien von 1000 Lebendgeborenen statistisch 13,9 Säuglinge.

→ **Tab. 8**

### Einkommen

Trotz erheblicher Finanztransfers existiert in der EU immer noch ein Wohlstandsgefälle. So offenbart ein Vergleich der Bruttojahresverdienste im Industrie- und Dienstleistungssektor deutliche Unterschiede zwischen nördlichen und südlichen sowie alten und neuen EU-Mitgliedsländern. Die höchsten Löhne im Vergleich der EU-Länder, für die Daten vorlagen, wurden dabei 2006 in Dänemark gezahlt: Dort verfügte ein Vollzeitbeschäftigter über ein jährliches Bruttoeinkommen von rund 48 300 Euro. In Deutschland wurden mit durchschnittlich rund 42 400 Euro die vierthöchsten Gehälter erzielt. In den neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten lagen die Jahresgehälter hingegen unter 10 000 Euro, betrug also nominal weniger als ein Fünftel des deutschen Durchschnittsverdienstes.

Aus der Lohnhöhe in Euro lässt sich jedoch noch nicht genau erschließen, was sich die Konsumenten von ihren Einkommen in den einzelnen EU-Ländern wirklich leisten können. Mit Hilfe einer künstlichen Währung, die als »Kaufkraftstandard« (KKS, siehe S. 421) bezeichnet wird, können die bestehenden Preisniveauunterschiede bereinigt werden. Am meisten wert waren demnach die Bruttogehälter 2006 mit rund 42 300 KKS in Luxemburg. Es folgte das Vereinigte Königreich mit 41 300 KKS (2005) und Deutschland mit rund 41 000 KKS. Aufgrund der vergleichsweise hohen Lebenshaltungskosten lagen die dänischen Bruttolöhne mit 34 700 KKS im EU-Ländervergleich nur an siebter Stelle. → **Tab. 9**

### Armutsgefährdung

Armut und soziale Ausgrenzung sind gesellschaftliche Probleme, die auch in den relativ wohlhabenden Staaten der EU existieren. In der EU-25 (ohne Rumänien und Bulgarien) galten 2006 16 % der Bevölkerung und damit 79 Mill. Menschen als armutsgefährdet. Am schwierigsten war die Situation in Lettland und Griechenland, wo 23 bzw. 21 % der Bevölke-

**Tab. 9: Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst in der Industrie und im Dienstleistungssektor 2006**

	EUR	Kaufkraftstandards (KKS)
Belgien	37 674	35 480
Bulgarien	2 195	4 902
Dänemark	48 307	34 708
<b>Deutschland</b>	<b>42 382</b>	<b>41 039</b>
Finnland	34 081	27 993
Frankreich	30 521 <sup>1</sup>	27 993 <sup>1</sup>
Irland	40 462 <sup>1</sup>	32 907 <sup>1</sup>
Lettland	5 211	8 604
Luxemburg	43 621	42 287
Malta	11 669	15 900
Niederlande	38 700 <sup>1</sup>	36 796 <sup>1</sup>
Österreich	36 673	35 013 <sup>1</sup>
Polen	6 270 <sup>1</sup>	10 524 <sup>1</sup>
Portugal	15 930	17 106 <sup>1</sup>
Rumänien	3 713	6 517
Schweden	35 084	29 860
Slowakei	7 040	12 076
Spanien	21 150	22 667
Tschech. Rep.	8 284	13 476
Ungarn	7 840	13 063
Ver. Königr.	44 496	41 340 <sup>1</sup>
Zypern	21 310	23 646

Ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung. Für Estland, Griechenland, Irland, Italien, Litauen und Slowenien sind keine Angaben vorhanden.

<sup>1</sup> 2005.

### Wie wird Armut definiert?



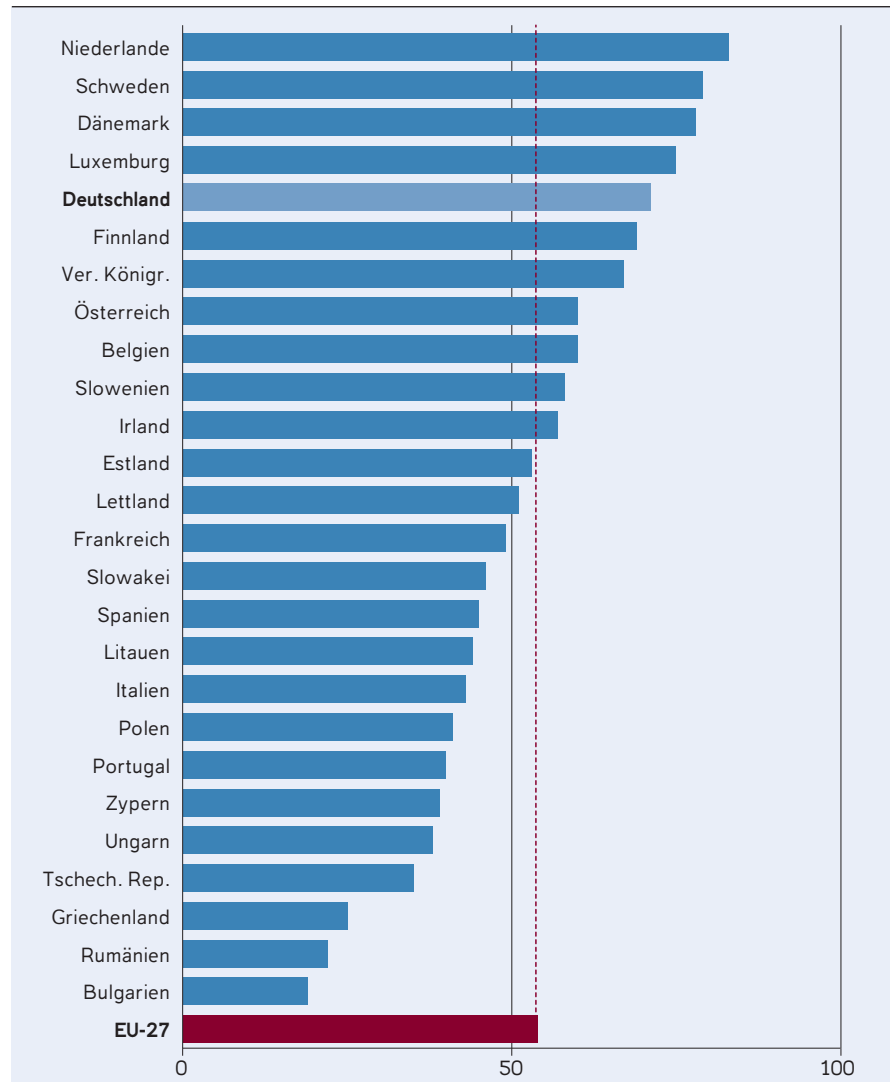
Armut ist ein relativer und zudem schwierig abzugrenzender Begriff, der nur eingeschränkt und unter Berücksichtigung einer Vielzahl von Aspekten interpretierbar ist. Eurostat trifft daher auch keine Aussagen über Armut, sondern lediglich über eine mögliche Armutsgefährdung. Demnach gilt als armutsgefährdet, wer inklusive sozialer Transferleistungen weniger als 60 % des jeweiligen national verfügbaren Median-Einkommens zur Verfügung hat.

Eine niedrige Armutsgefährdungsquote bedeutet dabei nicht automatisch, dass das Wohlstandsniveau eines Landes besonders hoch ist. Sie besagt lediglich, dass nur ein vergleichsweise geringer Teil der Bevölkerung ärmer als die übrige Bevölkerung ist.

**Tab. 10: Armutsgefährdungsquote 2006**

	EU-25	Deutschland
	in %	
<b>Geschlecht</b>		
Insgesamt	16	13
Männer	15	12
Frauen	17	13
<b>Alter</b>		
Unter 16 Jahre	19	12
16 bis 24 Jahre	20	15
25 bis 49 Jahre	14	12
50 bis 64 Jahre	13	14
65 Jahre und älter	19	13
<b>Haushaltstyp</b>		
Ein Erwachsener jünger als 64 Jahre	22	24
Zwei Erwachsene jünger als 64 Jahre	10	11
Ein Erwachsener älter als 65 Jahre	26	18
Alleinstehende Frau	25	21
Alleinstehender Mann	22	23
Alleinstehender Elternteil mit abhängigen Kindern	32	24
Zwei Erwachsene mit einem abhängigen Kind	12	8
Zwei Erwachsene mit zwei abhängigen Kindern	14	9
Zwei Erwachsene mit drei oder mehr abhängigen Kindern	24	13

**Abb. 12: Anteil der Privathaushalte mit Internetzugang 2007, in %**



Für Malta sind keine Angaben vorhanden.

rung armutsgefährdet waren. In Deutschland lag der Anteil bei 13 %. Am geringsten war die Quote in den Niederlanden und der Tschechischen Republik mit je 10 %. → **Tab. 10**

Die Wahrscheinlichkeit der Armutsgefährdung war in der EU-25 ungleich auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen verteilt. So waren Frauen in 20 EU-Ländern stärker armutsgefährdet als Männer. Das galt auch für Deutschland (Frauen: 13 %, Männer: 12 %). Unterschieden nach Altersgruppen lebte in der EU-25 ein Fünftel der Kinder und Jugendlichen bis

24 Jahre unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Am geringsten war der Anteil in den Altersgruppen der 25- bis 49-Jährigen (14 %) und 50- bis 64-Jährigen (13 %). Im Alter, bei den über 65-Jährigen stieg er wieder auf 19 % an. In Deutschland fiel die Abstufung zwischen den Altersgruppen deutlich schwächer aus als im EU-Durchschnitt.

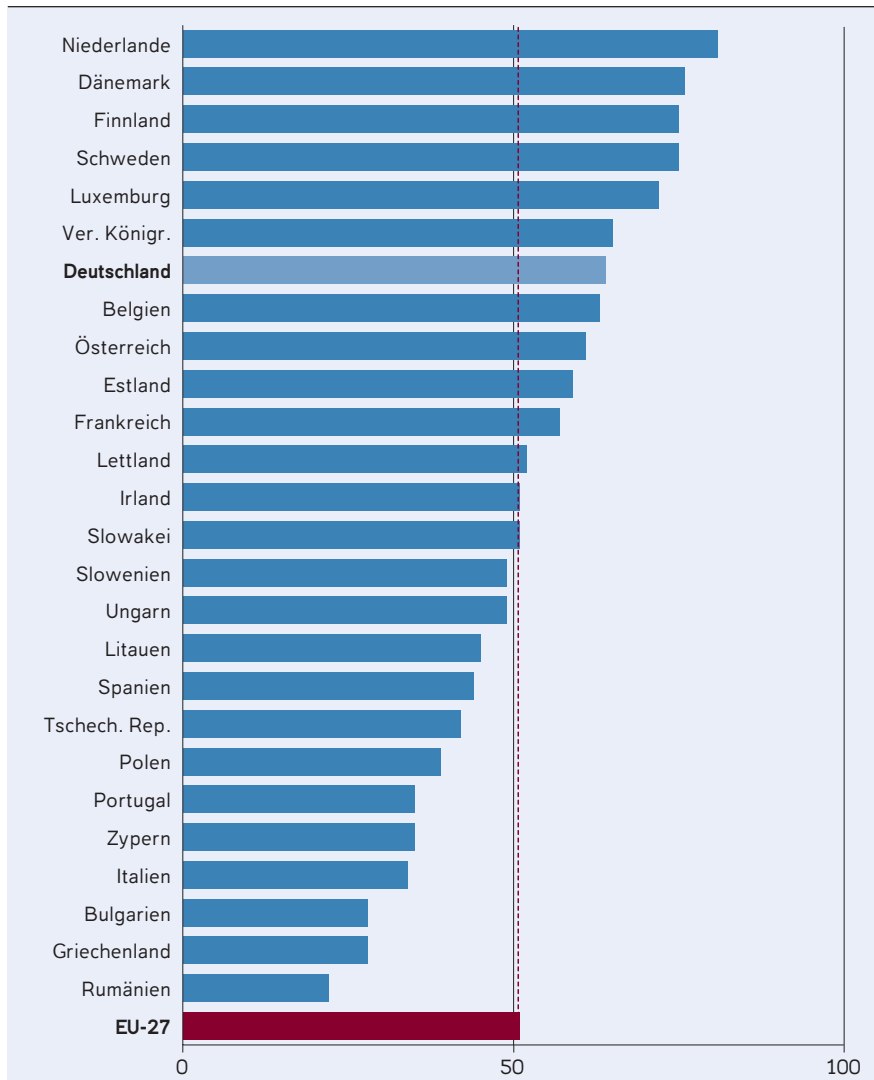
Differenziert nach Haushaltstypen waren in der EU-25 alleinstehende Frauen und alleinstehende Menschen über 65 Jahre überdurchschnittlich stark betroffen: Jeder vierte dieser Haushalte galt 2005 als

armutsgefährdet. Am problematischsten aber gestaltete sich die Situation der Alleinerziehenden (meist Frauen): 32 % dieser Haushalte in der EU waren von Armut bedroht. Die höchsten Quoten wiesen dabei Luxemburg (49 %) und Irland (47 %) auf. Am geringsten war der Anteil der armutsgefährdeten Alleinerziehenden hingegen in Finnland (18 %) und Dänemark (19 %). In Deutschland waren es 24 %.

### Informationsgesellschaft

Das Internet ist längst Teil des Alltags geworden. Mehr als jeder zweite Privat-

**Abb. 13: Internetnutzung 2007, in %**



Anteil der Personen im Alter von 16 bis 74 Jahren, die das Internet durchschnittlich wenigstens ein Mal pro Woche nutzen. Für Malta sind keine Angaben vorhanden.

haushalt in der EU-27 verfügte 2007 über einen Netzzugang. Regional gab es jedoch noch immer große Unterschiede: Während in den Niederlanden, Schweden und Dänemark über drei Viertel der Haushalte einen Internetanschluss hatten, waren es in Rumänien und Bulgarien erst rund 20 %. Deutschland gehörte mit einer Haushaltsversorgungsichte von 71 % zu den fünf führenden Ländern in der EU. → [Abb. 12](#)

Auch bei der Internet-Nutzung führten die Dänen und Niederländer: 2007 surfen in diesen Ländern über drei

Viertel der 16- bis 74-Jährigen durchschnittlich mindestens einmal pro Woche im Internet, in Deutschland waren es 64 %. In Rumänien nutzten hingegen erst 22 % regelmäßig das Internet. Im EU-Durchschnitt waren 51 % der EU-Bürger regelmäßig online. → [Abb. 13](#)

Rasant verbreitet hat sich im letzten Jahrzehnt der Mobilfunk: Besaß in Dänemark, Finnland und Schweden 1996 immerhin schon mehr als ein Viertel der Bevölkerung ein Mobiltelefon, spielte diese Kommunikationsart in den anderen EU-Ländern kaum eine Rolle. Zehn

**Tab. 11: Mobiltelefonverträge, je 100 Einwohner**

	2006	1996
Luxemburg	155	11
Litauen	139	1
Italien	134	11
Tschechische Rep.	124	2
Estland	117	5
Portugal	116	7
Vereinigtes Königr.	115	12
Niederlande	113	7
Zypern	113	11
Österreich	112	7
Irland	112	8
Finnland	108	29
Bulgarien	107	0
Dänemark	107	25
<b>EU-27</b>	<b>106</b>	<b>7</b>
Spanien	106	8
Schweden	106	28
<b>Deutschland</b>	<b>104</b>	<b>7</b>
Griechenland	99	5
Ungarn	99	5
Polen	96	1
Lettland	95	1
Slowenien	91	2
Slowakei	91	1
Belgien	89	5
Malta	86	3
Frankreich	82	4
Rumänien	81	0

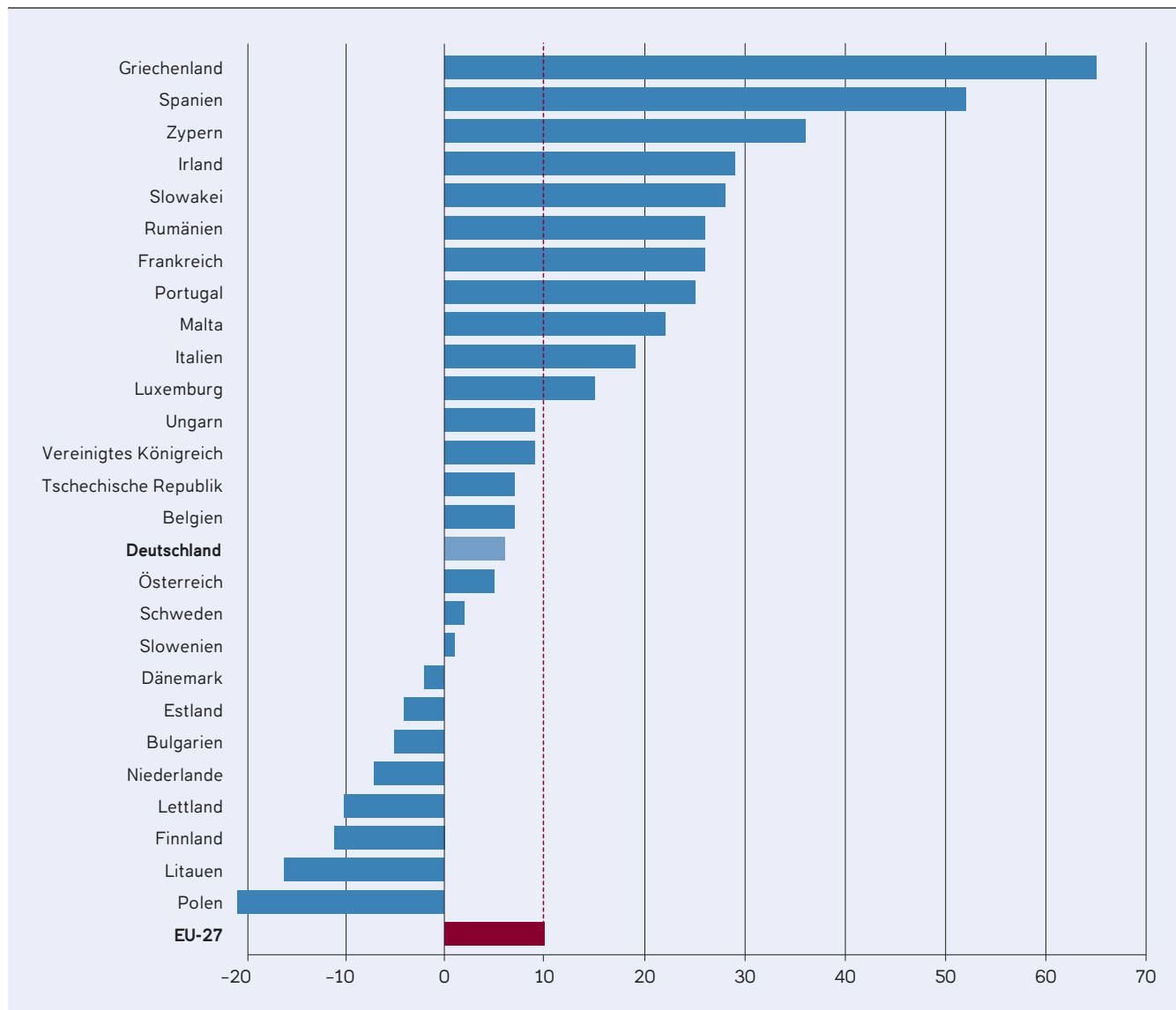
Jahre später ist kaum noch jemand ohne Handy: Selbst in Rumänien, dem Land mit dem niedrigsten Verbreitungsgrad, waren es 2006 bereits 81 Verträge je 100 Einwohner. In 22 EU-Ländern lag der Verbreitungsgrad bereits bei über 95 %. In 18 Ländern übertraf die Zahl der Mobilfunkverträge sogar die Einwohnerzahl, so auch in Deutschland, wo auf 100 Einwohner bereits 104 Verträge kamen. → [Tab. 11](#)

### 16.1.5 Energie, Verkehr und Umwelt

#### Energie

Der energetische Endverbrauch aller Privathaushalte der EU-27 lag 2005 bei 13 Mill. Terajoule. Das entsprach einer Zunahme von 10 % gegenüber dem Jahr 1995. Den größten Zuwachs verzeichnete

**Abb. 14:** Entwicklung des Energiebedarfs von Privathaushalten, Veränderung 2005 gegenüber 1995 in %



Griechenland mit einem Plus von 65 %. In Deutschland stieg der Verbrauch um 6 %. In acht Ländern sank der Energiebedarf im gleichen Zeitraum: Den deutlichsten Rückgang gab es in Polen, wo der private Energieendverbrauch zwischen 1995 und 2005 um rund ein Fünftel sank. → [Abb. 14](#)

Bei den Strompreisen für Privathaushalte ließen sich von Land zu Land erhebliche Preisunterschiede feststellen. Am tiefsten in die Tasche greifen mussten Privatabnehmer in Italien, wo am Stichtag 1. Juli

2007 eine Kilowattstunde (kWh) Strom 18,9 Cent kostete. Die deutschen Strompreise zählten ebenfalls zu den höchsten in der EU. Eine Kilowattstunde kostete hier 14,3 Cent (Stand: 1. Januar 2007). Die niedrigsten Preise zahlten die bulgarischen Verbraucher mit 5,7 Cent. → [Tab. 12](#)

#### Verkehr und Umwelt

216 Millionen Pkw waren 2004 in der EU-25 (ohne Bulgarien und Rumänien) zugelassen. Damit wuchs der Bestand gegenüber 1990 um 38 %. Vor allem die neuen mittel- und osteuropäischen Län-

der haben in den vergangenen Jahren stark zugelegt. Die größten Zuwachsraten verzeichneten seit 1990 Litauen (+167 %) und Lettland (+142 %). EU-Spitzenreiter beim Ausstattungsgrad war 2004 Luxemburg mit 659 Pkw je 1000 Einwohner. In Deutschland kamen auf 1000 Einwohner 546 Pkw. In Rumänien besaß hingegen nur etwa jeder Siebte ein Auto. → [Abb. 15](#)

Der Verkehrssektor gehört mit zu den Hauptverursachern der Luftverschmutzung. 2005 ließ sich rund ein Fünftel aller Treibhausgasemissionen in der EU-27

**Tab. 12: Strompreise für Privatabnehmer am 1. Juli 2007 (ohne Steuern)**

	Cent je kWh
Italien	18,9
Luxemburg <sup>1</sup>	15,1
Irland	14,7
<b>Deutschland<sup>1</sup></b>	<b>14,3</b>
Portugal	14,2
Niederlande <sup>1</sup>	14,0
Slowakei	13,5
Belgien	12,3
Vereinigtes Königreich	12,1
<b>EU-27<sup>1</sup></b>	<b>11,7</b>
Zypern	11,5
Ungarn	11,0
Schweden <sup>1</sup>	10,9
Österreich	10,6
Dänemark	10,6
Spanien	10,0
Polen	9,7
Rumänien	9,6
Slowenien	9,3
Frankreich	9,2
Malta	8,9
Tschechische Republik	8,8
Finnland	8,5
Lettland	7,0
Griechenland	6,7
Litauen	6,6
Estland	6,3
Bulgarien	5,7

<sup>1</sup> 1. Januar 2007.

auf den Straßentransport zurückführen. Einsparungen gelangen in den vergangenen zehn Jahren nicht. Im Gegenteil: Der Emissionsausstoß im Straßenverkehr wuchs gegenüber 1995 um 18 %.

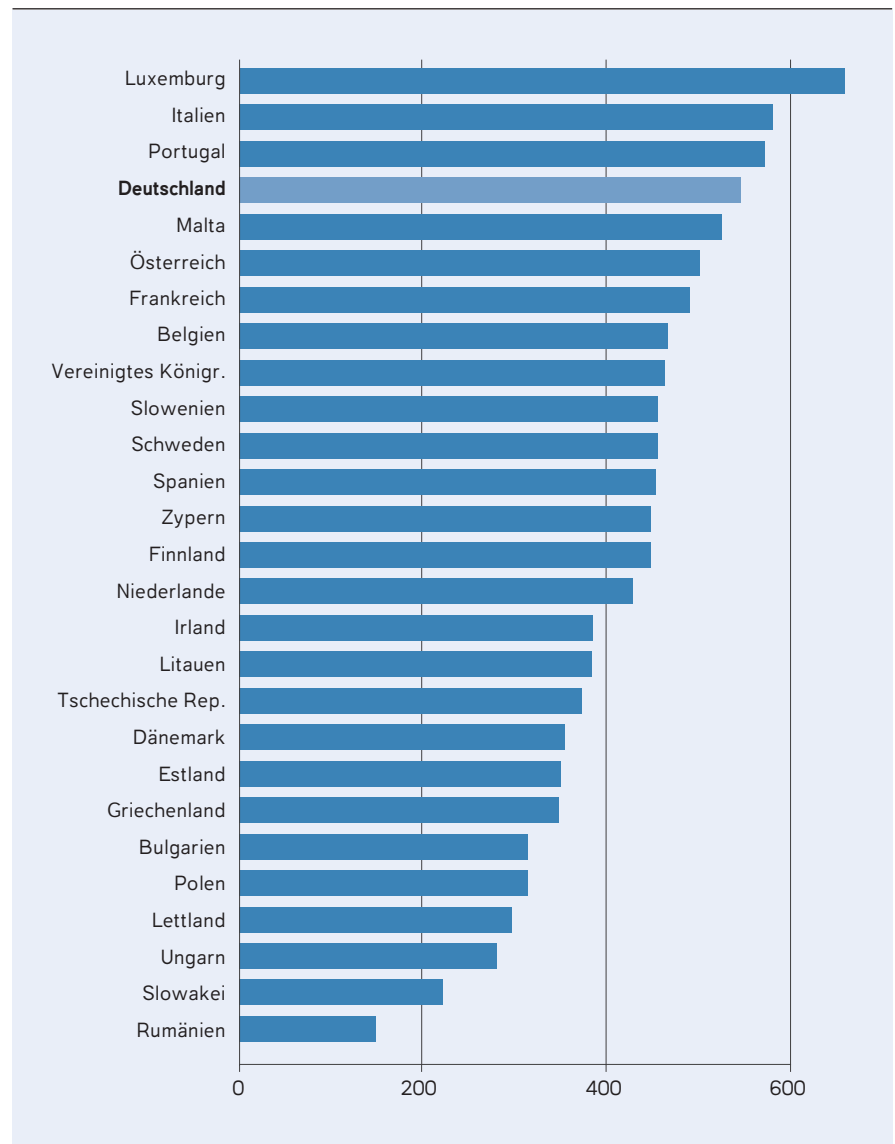
Treibhausgase beeinflussen nach Ansicht der Wissenschaft den globalen Klimawandel. Um den Prozess der Erderwärmung aufzuhalten, hat sich die internationale Staatengemeinschaft im »Kyoto-Protokoll« auf verbindliche Klimaschutzziele geeinigt. Die EU verpflichtete sich im Rahmen dieses Abkommens, in einer ersten Etappe von 2008 bis 2012 den Ausstoß von sechs Treibhausgasen um 8 % gegenüber einem festgelegten Basisjahr zu senken. Innerhalb der EU wurde für jedes EU-Mitgliedsland eine länderbezogene Zielvorgabe festgelegt. Deutschland kündigte in diesem Rahmen eine Reduzierung

der Gesamtemissionen um 21 % an und hatte dieses Ziel mit einer Verringerung von 18,7 % 2005 bereits fast erreicht. Die größten Einsparungen verzeichneten die neuen EU-Staaten in Mittel- und Osteuropa. So gingen z. B. in Lettland die Gesamtemissionen um genau 58 % zurück, in Litauen um 53,1 %. Es gab aber auch gegenteilige Entwicklungen: In einigen Ländern stiegen die Emissionen trotz Reduzierungsverpflichtung. So verfehlte z. B. Österreich sein Reduktionsziel (-13 %) und verzeichnete stattdessen eine Emissionssteigerung um 18,1 %. Spanien, Ir-

land und Portugal waren EU-intern zwar höhere Treibhausgas-Ausstöße genehmigt worden, die Zuwachsraten bis 2005 lagen zum Teil jedoch deutlich über den vereinbarten Zielmarken. So erhöhte z. B. Spanien seinen Ausstoß statt der genehmigten 15 um 52,3 %. → Tab. 13

Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>), das zu den im Kyoto-Protokoll berücksichtigten Treibhausgasen gehört, entsteht u. a. bei der Verbrennung fossiler Energieträger. Der CO<sub>2</sub>-Gesamtausstoß betrug 2005 in der EU-27 rund 4 Mrd. Tonnen. Zum Ver-

**Abb. 15: Pkw-Bestand je 1 000 Einwohner 2004**



**Tab. 13: Kyoto-Protokoll: Emissionen von Treibhausgasen**

	Veränderung gegenüber dem Kyoto-Basisjahr (1990/1995) in %	
	Zielvorgabe 2008-2012	Realisierung 2005
Belgien	-7,5	-2,1
Bulgarien	-8,0	-47,2
Dänemark	-21,0	-7,8
<b>Deutschland</b>	<b>-21,0</b>	<b>-18,7</b>
Estland	-8,0	-52,0
Finnland	0,0	-2,6
Frankreich	0,0	-1,9
Griechenland	25,0	25,4
Irland	13,0	25,4
Italien	-6,5	12,1
Lettland	-8,0	-58,0
Litauen	-8,0	-53,1
Luxemburg	-28,0	0,4
Malta <sup>1</sup>	-	54,8
Niederlande	-6,0	-1,1
Österreich	-13,0	18,1
Polen	-6,0	-32,0
Portugal	27,0	40,4
Rumänien	-8,0	-45,6
Schweden	4,0	-7,4
Slowakei	-8,0	-33,6
Slowenien	-8,0	0,4
Spanien	15,0	52,3
Tschechische Republik	-8,0	-25,8
Ungarn	-6,0	-34,5
Vereinigtes Königreich	-12,5	-15,7
Zypern <sup>1</sup>	-	63,7

<sup>1</sup> Kein Reduzierungsziel vereinbart.

**Tab. 14: CO<sub>2</sub>-Ausstoß 2005**

	Mill. t	t je Einwohner
Belgien	111,7	10,7
Bulgarien	46,1	6,0
Dänemark	47,5	8,8
<b>Deutschland</b>	<b>813,5</b>	<b>9,9</b>
Estland	16,0	11,8
Finnland	55,4	10,6
Frankreich	388,4	6,2
Griechenland	95,7	8,6
Irland	43,8	10,6
Italien	454,0	7,8
Lettland	7,3	3,2
Litauen	13,4	3,9
Luxemburg	11,4	24,7
Malta	2,6	6,6
Niederlande	183,0	11,2
Österreich	77,2	9,4
Polen	295,8	7,8
Portugal	63,0	6,0
Rumänien	91,0	4,2
Schweden	51,0	5,6
Slowakei	38,3	7,1
Slowenien	15,5	7,8
Spanien	341,8	7,9
Tschechische Republik	118,1	11,6
Ungarn	57,7	5,7
Vereinigtes Königreich	529,9	8,8
Zypern	7,0	9,3
<b>EU-27<sup>1</sup></b>	<b>3 975,9</b>	<b>8,1</b>
China	5 059,9	3,9
Vereinigte Staaten	5 817,0	19,6

<sup>1</sup> Eigene Berechnungen.

Quelle: Internationale Energieagentur (IEA).

gleich: Die Weltmarkt-Konkurrenten USA und China belasteten die Erdatmosphäre im selben Jahr mit 5,8 Mrd. bzw. 5,1 Mrd. Tonnen. Beim Pro-Kopf-Verbrauch lagen die Vereinigten Staaten (19,6 Tonnen pro Kopf) ebenfalls weit vor der Europäischen Union (8,1 Tonnen) und China (3,9 Tonnen). Innerhalb der EU-27 war

Deutschland mit einem Ausstoß von 813,5 Mill. Tonnen 2005 der größte Verursacher von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsgröße lagen die Deutschen mit 9,9 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Kopf jedoch nur an achter Stelle. Weit vorn lag Luxemburg mit einem Ausstoß von 24,7 Tonnen pro Kopf. → **Tab. 14**

Weitere Statistiken über die EU:

Kostenfreien Zugang zur Eurostat Datenbank erhalten Sie über die Website des EDS Europäischer Datenservice (<http://www.eds-destatis.de>), dem Informationsdienst des Statistischen Bundesamtes zur europäischen Statistik.

Die Verbesserung der Lebensbedingungen und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den verschiedenen Ländern stellt die Europäische Union (EU) – nicht zuletzt seit der Erweiterung auf 25 Mitgliedsstaaten im Jahr 2004 und auf 27 Mitgliedsstaaten im Jahr 2007 – vor große Aufgaben. Im vorliegenden Kapitel soll gezeigt werden, wie groß die Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern sind und wie weit die EU von einheitlichen Lebensbedingungen entfernt ist. Hierzu werden aktuelle Daten zu verschiedenen Aspekten der objektiven Lebensbedingungen und des subjektiven Wohlbefindens für die Mitgliedsländer der EU vorgestellt und vergleichend analysiert.

### 16.2.1 Lebensstandard und Wohnen

Die Betrachtung verschiedener Merkmale des Lebensstandards zeigt, dass ein erhebliches Wohlstandsgefälle in der EU besteht, das sich durch die Osterweiterungen noch deutlich verstärkt hat. Dies zeigt sich bereits bei dem Vergleich der Wohnsituation in den Mitgliedsländern. Während in den westeuropäischen Ländern auf einen Bewohner knapp zwei Räume kommen, steht in Mittel- und Osteuropa jedem Bewohner nur etwa ein Raum zur Verfügung. So klagt auch nur ein Sechstel der westeuropäischen Befragten über Platzmangel in der Wohnung, aber etwa ein Viertel der Mittel- und Osteuropäer. Innerhalb der Ländergruppen gibt es jedoch breite Variationen. Ein deutlicher Ost-West-Unterschied zeigt sich auch bei der Ausstattung der Wohnungen mit eigenem WC: In den neuen Mitgliedsstaaten hat jeder Zehnte kein WC in der Wohnung. Am häufigsten müssen die Bewohner in den baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen) sowie in Bulgarien und Rumä-

nien ohne eigenes WC in der Wohnung auskommen. Den schlechteren Wohnverhältnissen entsprechend, ist in diesen Ländern auch die Zufriedenheit mit der eigenen Wohnung am niedrigsten. → Tab. 1

Auch andere Indikatoren des Lebensstandards weisen darauf hin, dass die Osterweiterung die Spanne der Unterschiede in der EU erheblich vergrößert hat. Innerhalb der Mitgliedsstaaten der westlichen EU-15 fallen die südeuropäischen Länder, insbesondere Griechenland und Portugal, gegenüber den übrigen Ländern weiterhin deutlich ab. Durch die beiden Osterweiterungen wurden jedoch Länder aufgenommen, bei denen die Indikatoren einen noch niedrigeren Lebensstandard anzeigen. In den 12 neuen Mitgliedsländern gibt im Schnitt ein Drittel der Befragten an, kein Auto zu haben, weil man sich keines leisten könne. In den westlichen EU-Ländern sagt dies nur jeder Zehnte. Vergleichbare Anteile ergeben sich bei der Frage nach einem monatlichen Restaurantbesuch. Einen Jahresurlaub können sich zwei Drittel der Mittel- und Osteuropäer nicht leisten – gegenüber einem Viertel der Westeuropäer. Besonders niedrig ist der Lebensstandard in Rumänien, Bulgarien und Ungarn, aber auch in den baltischen Staaten sowie in Polen und der Slowakei. Die Tschechische Republik und Slowenien nähern sich bei diesen Konsumindikatoren bereits dem westeuropäischen Standard an. Betrachtet man schließlich den Zugang der Haushalte zum Internet, so sind neben der Tschechischen Republik und Slowenien vor allem die baltischen Staaten sowie Polen und Ungarn am weitesten fortgeschritten, aber immer noch etwas vom westeuropäischen Standard entfernt.

Den höchsten Lebensstandard in der EU weisen die nordeuropäischen Länder

(Schweden, Finnland und Dänemark) auf. Davon unterscheiden sich die kontinentaleuropäischen Länder (Benelux, Frankreich, Deutschland und Österreich) nur graduell. Für das Vereinigte Königreich zeigen die Indikatoren der Wohnqualität und der Konsumgewohnheiten ein niedrigeres Niveau an, das denen der Südeuropäer nahe kommt. Irland hingegen, das in den vergangenen Jahrzehnten eine außergewöhnliche positive wirtschaftliche Entwicklung vollzogen hat, hat inzwischen auch bezüglich des Lebensstandards ein kontinentaleuropäisches Niveau erreicht.

Von den Ländern Südeuropas schließen Italien und Spanien zu den westeuropäischen Ländern auf, während Portugal und Griechenland zusammen mit Malta und Zypern sowie der Tschechischen Republik und Slowenien eine Mittelgruppe bilden, die sich zwischen dem Niveau der alten westeuropäischen und dem der neuen osteuropäischen Mitgliedsstaaten befindet.

Die subjektive Zufriedenheit mit dem Lebensstandard spiegelt weitgehend die objektiven Bedingungen wider. Am häufigsten bezeichnen sich die Befragten in Schweden und Dänemark als zufrieden, gefolgt von den Benelux-Ländern, Irland und dem Vereinigten Königreich (über 90 %). Das Zufriedenheitsniveau der Finnen liegt etwas darunter und ist in etwa identisch mit dem der West- und Südeuropäer (rund 85 %). Nur die Franzosen und Portugiesen erreichen ein noch niedrigeres Niveau (ca. 75 %). Die Bürgerinnen und Bürger in den Ländern Mittel- und Osteuropas sind deutlich weniger zufrieden (etwa 60 bis 70 %), wobei die Tschechische Republik und Slowenien nach oben und Lettland, Litauen und insbesondere Bulgarien nach unten abweichen.

**Tab. 1: Ausgewählte Merkmale der Wohnqualität und des Lebensstandards in europäischen Ländern**

	Räume pro Person <sup>1</sup>	Platzmangel <sup>1</sup>	Kein eigenes WC <sup>1</sup>	Zufriedenheit mit Haus/Wohnung <sup>2</sup>	HH kann sich kein Auto leisten <sup>1</sup>	HH kann sich keinen Jahresurlaub leisten <sup>1</sup>	HH kann sich keinen Restaurantbesuch leisten <sup>1</sup>	Zugang zum Internet <sup>3</sup>	Zufriedenheit mit Lebensstandard <sup>2</sup>
	Mittelwert	in %							
Belgien	2,7	14	3	94	5	21	9	54	90
Bulgarien	1,3	21	30	72	39	84	42	17	31
Dänemark	2,0	19	1	94	10	9	3	79	95
<b>Deutschland</b>	<b>1,9</b>	<b>11</b>	<b>1</b>	<b>93</b>	<b>10</b>	<b>21</b>	<b>12</b>	<b>67</b>	<b>84</b>
Estland	1,5	30	17	77	35	65	32	46	67
Finnland	1,6	22	2	95	8	20	5	65	87
Frankreich	2,0	21	1	89	7	24	5	41	75
Griechenland	2,6	21	4	88	15	50	22	23	83
Irland	1,1	17	2	95	8	28	15	50	93
Italien	2,0	20	1	93	1	21	2	40	85
Lettland	1,5	29	20	67	39	73	38	42	56
Litauen	1,1	26	25	65	31	70	37	35	51
Luxemburg	1,2	26	0	95	2	8	2	70	95
Malta	2,1	13	0	95	7	41	21		87
Niederlande	1,8	16	2	96	7	10	4	80	94
Österreich	1,8	15	1	91	5	14	7	52	85
Polen	2,1	30	11	90	30	68	34	36	76
Portugal	0,9	25	5	90	26	59	22	35	76
Rumänien	1,2	28	39	86	48	74	42	14	62
Schweden	1,9	20	1	94	7	14	4	77	94
Slowakei	1,3	14	7	89	29	63	26	27	68
Slowenien	1,2	15	5	91	7	24	16	54	83
Spanien	1,6	14	2	91	13	35	9	39	84
Tschechische Rep.	1,4	15	5	90	19	34	19	29	82
Ungarn	1,4	18	8	86	61	66	28	32	63
Ver. Königreich	1,5	22	1	93	27	62	30	63	93
Zypern	1,7	17	4	90	12	28	15	37	83
EU-15	1,9	17	1	92	9	24	9	54	85
NMS-10	1,1	24	10	88	28	61	30	-	73
EU-25	1,8	18	3	91	11	30	12	51	83
NMS-2	1,2	27	37	82	46	77	43	-	54

NMS-10 = Die 10 neuen Mitgliedstaaten der EU-Erweiterung 2004; NMS-2 = Die 2 neuen Mitgliedsstaaten der EU-Erweiterung 2007; HH = Haushalt.

1 European Quality of Life Survey (2003).

2 Eurobarometer 66.3 (2006).

3 Eurostat (2006).

### 16.2.2 Arbeitsmarktlage und Arbeitsbedingungen

Die Situation am Arbeitsmarkt hat sich – nach einem allgemeinen Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Jahren 2000 bis 2004 – in den meisten Mitgliedsländern wieder etwas entspannt. Bereits seit Mitte der 1990er Jahre war insbesondere in Irland, aber auch in Spanien und Finnland ein erheblicher Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. In den letzten Jahren ging die Arbeitslosenquote in den neuen Mitgliedsländern deutlich zurück. In Bulgarien und in den baltischen Ländern hat sich die Quote seit 2000

mindestens halbiert. Auch in den meisten übrigen EU-Ländern ist die Arbeitslosigkeit leicht gesunken. Nach den Osterweiterungen von 2004 und 2006 gestaltet sich der Arbeitsmarkt in der EU zwar heterogener, doch sind hohe Arbeitslosenquoten nicht mehr nur in den neuen Mitgliedsstaaten zu finden. Im Jahre 2006 weisen neben Polen, der Slowakei und Bulgarien die Altmitglieder Deutschland, Frankreich und Griechenland die höchsten Arbeitslosenquoten auf.

Die Bewertung der Arbeitsplatzsicherheit spiegelt zumindest teilweise die Arbeitsmarktsituation im Land wieder. Insgesamt äußern 9 von 10 Westeuropäern Zuversicht hinsichtlich der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes, aber nur 8 von 10 Osteuropäern. Dennoch ist die Zuversicht im Westen der EU nicht mehr durchgängig größer als im Osten. Insbesondere in der Tschechischen Republik und Slowenien sind 9 von 10 Befragten zuversichtlich, ihren Arbeitsplatz in den folgenden Monaten nicht zu verlieren. Dieses Verhältnis ist auch in den westlichen EU-Ländern verbreitet und wird nur von Irland, Dänemark, Schweden und Luxemburg übertroffen. Geringere Zuversicht herrscht in Südeuropa vor, ebenso wie in Frankreich, Deutschland und Finnland.

Die Bewertung der Arbeitsplatzsicherheit spiegelt zumindest teilweise die Arbeitsmarktsituation im Land wieder. Insgesamt äußern 9 von 10 Westeuropäern Zuversicht hinsichtlich der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes, aber nur 8 von 10 Osteuropäern. Dennoch ist die Zuversicht im Westen der EU nicht mehr durchgängig größer als im Osten. Insbesondere in der Tschechischen Republik und Slowenien sind 9 von 10 Befragten zuversichtlich, ihren Arbeitsplatz in den folgenden Monaten nicht zu verlieren. Dieses Verhältnis ist auch in den westlichen EU-Ländern verbreitet und wird nur von Irland, Dänemark, Schweden und Luxemburg übertroffen. Geringere Zuversicht herrscht in Südeuropa vor, ebenso wie in Frankreich, Deutschland und Finnland.

Das geringste Vertrauen in einen sicheren Arbeitsplatz haben neben den Balten die Slowaken, Ungarn, Polen und Bulgaren.

Die Zuversicht, bei Verlust des Arbeitsplatzes eine neue gleichwertige Stelle finden zu können, ist insgesamt im Norden – also in Skandinavien, den baltischen Staaten sowie dem Vereinigten Königreich und Irland – am größten. Die mit Abstand geringste Zuversicht haben die Deutschen, gefolgt von Ungarn, Griechen und Portugiesen. Die Franzosen sind hier deutlich optimistischer als die Deutschen,

während sie die Arbeitsplatzsicherheit um einiges pessimistischer beurteilen.

In einigen Ländern sind befristete Arbeitsverträge überdurchschnittlich verbreitet. Besonders häufig finden sich befristete Arbeitsverhältnisse in Spanien (34 %), Polen (27 %) und Portugal (21 %). Betrachtet man den Anteil der Vollzeitbeschäftigten an allen Erwerbstätigen, zeigt sich wieder eine klare Spaltung zwischen den osteuropäischen EU-Ländern sowie Griechenland, die Werte von 90 % und höher aufweisen, und den westeuropäischen

Ländern, wo die Anteile zum Teil erheblich darunter liegen. In den Niederlanden, in denen Teilzeiterwerbstätigkeit von Männern und Frauen häufig praktiziert wird, arbeiten lediglich 54 % der Erwerbstätigen in Vollzeit. Die generelle Beobachtung, dass die Teilzeiterwerbsquoten in Westeuropa deutlich höher sind als in Osteuropa, macht deutlich, dass Teilzeitarbeit in größerem Maßstab eine Errungenschaft eines starken Wohlfahrtsstaates ist. Ohne einen solchen kann der Lebensunterhalt durch Teilzeiterwerbstätigkeit nicht gesichert werden. → Tab. 2

**Tab. 2: Arbeitsmarkt und Arbeitsbedingungen**

	Zuversicht hinsichtl. Arbeitsplatzsicherheit <sup>1</sup>	Chancen, eine neue gleichwertige Stelle zu finden <sup>2</sup>	Beschäftigte m. befristetem Arbeitsvertrag <sup>3</sup>	Anteil von Vollzeit-erwerbstätigkeiten <sup>3</sup>	Tatsächlich geleistete Wochenarbeitszeit, Männer <sup>3</sup>	Gefährliche/ ungesunde Arbeitsbedingungen <sup>1</sup>	Beteiligung an Entscheidungen, die Arbeit betreffend <sup>1</sup>	Balance zw. beruflichem u. privatem Leben <sup>1</sup>
	in %	Mittelwert	in %		in Stunden	in %		
Belgien	92	6,5	9	78	40,5	18	69	78
Bulgarien	82	5,4	6	94	41,6	17	44	59
Dänemark	95	7,7	9	76	37,6	12	84	69
<b>Deutschland</b>	<b>88</b>	<b>4,8</b>	<b>15</b>	<b>74</b>	<b>40,8</b>	<b>16</b>	<b>82</b>	<b>70</b>
Estland	85	7,3	3	92	41,2	23	63	54
Finnland	88	6,9	16	86	39,1	23	71	66
Frankreich	83	5,9	14	83	39,8	23	67	72
Griechenland	88	5,3	11	94	43,4	36	56	57
Irland	96	7,5	3	-	41,1	17	66	64
Italien	90	5,4	13	87	40,8	22	55	66
Lettland	86	7,4	7	94	42,8	37	68	67
Litauen	77	6,7	5	90	39,1	29	53	70
Luxemburg	94	5,8	6	83	40,8	24	76	81
Malta	91	5,9	4	90	40,3	18	67	59
Niederlande	90	6,6	17	54	37,2	11	74	72
Österreich	89	5,6	9	78	42,6	20	69	65
Polen	80	5,4	27	90	42,5	28	57	69
Portugal	87	5,3	21	89	-	17	55	70
Rumänien	89	6,3	2	90	40,7	24	38	52
Schweden	94	6,9	17	73	38,0	28	80	73
Slowakei	69	5,9	5	97	41,3	16	39	52
Slowenien	91	6,4	17	91	40,5	26	57	62
Spanien	92	6,4	34	88	41,2	17	57	72
Tschechische Rep.	92	6,2	9	95	43,3	19	48	62
Ungarn	76	5,0	7	96	41,3	23	45	60
Ver. Königreich	90	6,8	6	74	38,0	22	82	72
Zypern	92	6,2	13	92	41,0	26	55	67
EU-15	89	5,9	15	78	40,4	20	68	70
NMS-10	81	5,7	-	-	42,1	25	53	65
EU-25	88	5,9	15	80	40,7	21	65	69
NMS-2	88	5,9	14	81	40,7	22	39	54
EU-27	87	6,1	-	-	-	21	64	68

NMS-10 = Die 10 neuen Mitgliedsstaaten der EU-Erweiterung 2004; NMS-2 = Die 2 neuen Mitgliedsstaaten der EU-Erweiterung 2007; Mittelwert auf einer Skala von 0 = »äußerst schwierig« bis 10 = »äußerst einfach«.

1 Eurobarometer 66.3 (2006).

2 European Social Survey (2004/2005).

3 Eurostat (2006).

Auch im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen heben sich die nord- und westeuropäischen Länder mit wenigen Ausnahmen von den süd- und osteuropäischen Ländern ab. In der ersten Gruppe ist der wahrgenommene Einfluss auf die Arbeitsorganisation hoch und die gesundheitliche Gefährdung niedrig, während dies in der zweiten Gruppe umgekehrt ist. Insbesondere Dänemark setzt sich fast durchgehend positiv von den übrigen Ländern ab. Auffällig für die neuen Mitgliedsstaaten Rumänien und Bulgarien ist die geringe Einflussnahme auf arbeitsrelevante Ent-

scheidungen, die sich selbst von den Einschätzungen in den übrigen osteuropäischen Ländern deutlich abhebt. Auch bei der geleisteten Wochenarbeitszeit der Männer zeigt sich der Ost-West-Unterschied. Sie liegt für die Westeuropäer im Schnitt bei 40 Wochenstunden – wobei im Süden im Allgemeinen länger gearbeitet wird als im Norden – und in den neuen Mitgliedsländern bei etwa 42 Wochenstunden. Die längste Arbeitszeit findet sich mit rund 43 Stunden in Griechenland, der Tschechischen Republik und Lettland. In diesen Ländern sind die Anteile derjeni-

gen, die über mangelnde Zeit mit Familie und Freunden klagen, hoch und auch die Anteile derjenigen, die sich an ihrem Arbeitsplatz gesundheitlich gefährdet sehen, sind mit Ausnahme der Tschechischen Republik ebenfalls überdurchschnittlich hoch. Die Arbeitsbedingungen wirken sich auch auf die Work-Life-Balance aus. In den Ländern, in denen die Arbeitszeit kürzer und die Mitbestimmung größer ist, äußern sich mehr Menschen zufrieden mit der Balance zwischen beruflichem und privatem Leben. Deutschland ordnet sich bei den genannten Aspekten in die Gruppe der

**Tab. 3: Bewertung öffentlicher Bereiche**

	Bewertung des Wohlfahrtsstaates sehr gut/eher gut	Sozialstaat bietet ausreichend Schutz	Sozialstaat kann als Modell dienen	Sozialstaat ist zu teuer	Zuversicht hinsichtlich Rentensicherheit	Bewertung des Gesundheitssystems <sup>1,2</sup>	Bewertung des Bildungssystems <sup>1,2</sup>
	in %					Mittelwert	
Belgien	84	74	72	59	56	7,2	6,4
Bulgarien	10	10	3	39	29	-	-
Dänemark	77	68	81	32	78	6,4	7,3
<b>Deutschland</b>	<b>58</b>	<b>55</b>	<b>55</b>	<b>68</b>	<b>26</b>	<b>4,7</b>	<b>4,3</b>
Estland	35	26	12	43	51	4,3	5,6
Finnland	81	68	80	34	67	6,9	7,9
Frankreich	69	75	79	70	33	5,8	5,0
Griechenland	27	33	9	67	38	4,8	5,1
Irland	74	62	45	46	70	4,1	6,9
Italien	39	40	33	52	48	5,1	4,7
Lettland	14	19	7	66	45	-	-
Litauen	33	23	15	54	47	-	-
Luxemburg	82	81	72	31	43	7,1	5,4
Malta	50	59	45	74	50	-	-
Niederlande	73	64	71	46	73	5,6	5,9
Österreich	78	67	65	37	67	6,5	5,6
Polen	17	20	7	74	35	3,1	5,1
Portugal	26	10	6	69	37	3,6	3,9
Rumänien	13	30	10	46	52	-	-
Schweden	76	54	68	50	57	5,2	5,5
Slowakei	23	33	11	62	43	5,7	5,1
Slowenien	57	50	26	54	37	4,9	5,0
Spanien	51	67	61	48	56	5,8	5,3
Tschechische Rep.	40	47	16	67	34	5,3	6,3
Ungarn	21	43	13	82	31	3,3	4,5
Verein. Königreich	54	69	69	53	54	5,4	5,6
Zypern	69	26	18	43	63	-	-
EU-15	57	59	53	58	45	-	-
NMS-10	24	39	11	71	36	-	-
EU-25	51	54	46	60	44	-	-
NMS-2	12	24	8	44	46	-	-
EU-27	49	53	44	59	44	-	-

NMS-10 = Die 10 neuen Mitgliedsstaaten der EU-Erweiterung 2004; NMS-2 = Die 2 neuen Mitgliedsstaaten der EU-Erweiterung 2007;

1 European Social Survey (2004/2005, Italien: 2003).

2 Mittelwert auf einer Skala von 0 = »äußerst schlecht«, bis 10 = »äußerst gut«.

Datenbasis: Eurobarometer 66.3 (2006); European Social Survey (2004/2005, Italien: 2003).

westeuropäischen EU-Staaten mit vergleichsweise hohen Standards ein.

### 16.2.3 Öffentliche Bereiche

Die Lebensverhältnisse in Europa stellen sich auch in Bezug auf öffentliche Bereiche disparat dar. Dies zeigt sich bei der Beurteilung der sozialen Sicherung und des Wohlfahrtsstaats allgemein, aber auch bei der Bewertung der Bereiche Gesundheit, Bildung und Alterssicherung. Folgt man den Beurteilungen der Bürger, so findet man eine Konzentration von Defiziten in den osteuropäischen EU-Länder sowie in Portugal und Griechenland, während sich günstige Einschätzungen auf relativ viele Länder verteilen.

Gerade einmal 10 % der Bulgaren und 13 % der Rumänen bewerten den Wohlfahrtsstaat positiv, gegenüber etwa 80 % in Belgien, Luxemburg und Finnland. In Deutschland wird der Sozialstaat im Vergleich zu den anderen nord- und westeuropäischen Ländern eher verhalten beurteilt. Nur 58 % der Deutschen bewerten den Wohlfahrtsstaat hierzulande als gut oder sehr gut. Dass der Sozialstaat einen ausreichenden Schutz biete, meinen rund zwei Drittel der Westeuropäer und der Spanier, aber in Deutschland und überraschender Weise auch Schweden stimmt dem nur gut die Hälfte zu. In Süd- und Osteuropa wird der Schutz durch den Sozialstaat generell seltener als zufriedenstellend beurteilt – am seltensten in Bulgarien, Portugal, Polen und den baltischen Staaten. Je besser der Sozialstaat in einem Land, desto eher wird er auch als mögliches Modell für andere Staaten gesehen. Wenn der Sozialstaat als schlecht bewertet wird, gilt er tendenziell auch als teuer.

Die Unzufriedenheit der Deutschen tritt bei der Bewertung des Bildungs- und Gesundheitssystems zutage. Unter den westlichen EU-Ländern belegen die Bewertungen der Deutschen einen der letzten Plätze. Die übrigen Länder lassen sich den

bereits bekannten drei Gruppen zuordnen: an der Spitze die nord- und westeuropäischen Staaten in leicht variierender Rangfolge, in der Mitte die südeuropäischen Länder gemeinsam mit einigen recht erfolgreichen Neumitgliedern und am Ende die verbleibenden Länder Mittel- und Osteuropas. In der Beurteilung der Altersversorgung belegen die Deutschen sogar EU-weit den letzten Platz, hinter Bulgarien, Ungarn und Frankreich. Wie der europäische Vergleich zeigt, sind die Deutschen außergewöhnlich pessimistisch in Bezug auf die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Eine vergleichbare, wenn auch nicht ganz so pessimistische Haltung findet sich auch bei den Franzosen. → Tab. 3

### 16.2.4 Aspekte des sozialen Zusammenhalts

Die Lebensqualität in einer Gesellschaft bemisst sich nicht nur am Lebensstandard, den Merkmalen der Arbeitswelt und der Versorgung mit öffentlichen Gütern, sondern auch an der Qualität der sozialen Beziehungen, wie sie in der Pflege sozialer Kontakte sowie im Vertrauen und in der Hilfsbereitschaft gegenüber anderen Menschen zum Ausdruck kommt. Die Stärkung dieser Aspekte des sozialen Zusammenhalts ist eines der erklärten Ziele der Europäischen Union. Auch in der Qualität der zwischenmenschlichen Beziehungen bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den europäischen Gesellschaften. Dabei lassen sich sowohl Gesellschaften mit einer ausgesprochen positiven Situation identifizieren, als auch Gesellschaften mit einer Anhäufung relativer Schwächen.

Zu der ersten Gruppe gehören insbesondere die skandinavischen EU-Mitgliedsstaaten und – in geringerem Maße – Irland und die Niederlande. Zur zweiten Gruppe zählen in erster Linie Polen, Ungarn und die Slowakei sowie Griechenland und Portugal. Zwar finden sich in Portugal und Spanien besonders häufige soziale Kontakte, doch sind Hilfsbereit-

schaft im privaten Bereich und gegenseitiges Vertrauen eher schwach ausgeprägt. In Dänemark findet man sowohl intensive soziale Kontakte als auch eine große Hilfsbereitschaft im privaten Bereich und ein hohes Maß an Vertrauen in andere Menschen. So treffen sich fast drei Viertel der Dänen – gegenüber beispielsweise nur 30 % der Griechen – mindestens einmal in der Woche mit Freunden, Verwandten oder Kollegen. Die Möglichkeit Geld zu borgen, haben über die Hälfte der Dänen und Schweden und rund die Hälfte der Iren. In den übrigen Ländern ist dies eher schwierig. Überhaupt setzt man in den skandinavischen Ländern sowie in den Niederlanden und Irland besonders viel Vertrauen in andere Menschen, während in Griechenland, Polen und auch in Portugal Misstrauen weit verbreitet ist. In Schweden ist, wie in Dänemark, eine hohe Bereitschaft zu Hilfeleistungen im privaten Kreis vorhanden, und man bringt, wie auch in Finnland, anderen Menschen relativ viel Vertrauen entgegen. Hinter den skandinavischen Ländern finden sich die Westeuropäer im Mittelfeld, während Süd- und Osteuropäer die unteren Rangplätze belegen. In Deutschland ist der Glaube in die Vertrauenswürdigkeit und die Hilfsbereitschaft anderer Menschen nur mäßig ausgeprägt, aber das Vertrauen in die Fairness anderer ist etwas größer. → Tab. 4

### 16.2.5 Subjektives Wohlbefinden

Neben einzelnen Bereichen und Aspekten spiegeln auch zusammenfassende Bewertungen der Lebenssituation die Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse und der Lebensqualität in Europa wider. Das allgemeine subjektive Wohlbefinden liegt, gemessen daran, wie zufrieden und glücklich man mit seinem Leben insgesamt ist, vor allem in Bulgarien, Ungarn und Rumänien auf einem sehr niedrigen Niveau, während die Menschen in Dänemark, Schweden und den Niederlanden insgesamt die günstigsten Bewertungen abgeben. Gegenüber 97 % der Dänen sind nur

**Tab. 4: Aspekte des sozialen Zusammenhalts**

	Wöchentl. Treffen mit Freunden/Verwandten	Möglichkeit Geld zu borgen	Vertrauen in andere <sup>1</sup>	Fairness anderer <sup>2</sup>	Hilfsbereitschaft anderer <sup>3</sup>
	in %		Mittelwert		
Belgien	71	30	4,8	5,6	4,4
Bulgarien	-	-	-	-	-
Dänemark	72	61	6,8	7,3	6,0
<b>Deutschland</b>	<b>52</b>	<b>25</b>	<b>4,8</b>	<b>5,7</b>	<b>4,8</b>
Estland	50	11	5,2	5,4	4,7
Finnland	71	37	6,5	6,8	5,7
Frankreich	67	24	4,5	5,6	4,5
Griechenland	30	13	3,8	3,7	3,2
Irland	69	47	5,8	6,1	6,2
Italien	63	34	4,5	4,6	4,1
Lettland	-	-	-	-	-
Litauen	-	-	-	-	-
Luxemburg	68	25	5,0	5,6	4,7
Malta	-	-	-	-	-
Niederlande	73	30	5,8	6,2	5,4
Österreich	68	25	5,2	5,9	5,3
Polen	46	22	3,6	4,6	3,2
Portugal	84	14	3,9	4,8	3,9
Rumänien	-	-	-	-	-
Schweden	69	58	6,1	6,5	5,9
Slowakei	65	11	4,0	4,5	3,7
Slowenien	55	9	4,1	4,8	4,4
Spanien	77	27	4,9	5,2	4,2
Tschechische Rep.	44	13	4,3	5,2	4,2
Ungarn	36	16	4,1	4,5	4,0
Verein. Königreich	69	38	5,2	5,6	5,6
Zypern	-	-	-	-	-

- 1 Mittelwert auf einer Skala von 0 = »Man kann nicht vorsichtig genug sein.« bis 10 = »Den meisten Menschen kann man vertrauen.«  
 2 Mittelwert auf einer Skala von 0 = »Die meisten Menschen versuchen mich auszunützen.« bis 10 = »Die meisten Menschen versuchen fair zu sein.«  
 3 Mittelwert auf einer Skala von 0 = »Die Menschen sind meist auf ihren eigenen Vorteil bedacht.« bis 10 = »Die Menschen versuchen meistens hilfsbereit zu sein.«

Datenbasis: European Social Survey (2004/2005, Italien: 2003).

35 % der Bulgaren mit ihrem Leben etwas oder sehr zufrieden. Die auffallend hohe Lebenszufriedenheit der Slowenen (90 %) und Tschechen (83 %) wurde bereits bei Umfragen vor dem EU-Beitritt festgestellt. Die Lebenszufriedenheit der Franzosen (82 %) erscheint im Ländervergleich niedrig, liegt jedoch über den Werten vergangener Jahre. Die Deutschen (87 %) liegen mit den Spaniern gleichauf leicht über dem europäischen Durchschnitt.

Fragt man nach dem persönlichen Glück, ergibt sich eine ähnliche Reihenfolge der Länder wie bei der Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation. Auch hier

stehen die skandinavischen Länder und die Beneluxländer sowie Irland an der Spitze der Rangfolge des subjektiven Wohlbefindens, während die osteuropäischen Länder mit Ausnahme Sloweniens, Polens und der Tschechischen Republik am unteren Ende rangieren. In Bulgarien sind nur 40 % der Menschen glücklich, in Rumänien immerhin 60 %. Die Südeuropäer belegen in dieser Rangfolge etwas höhere Plätze als bei der Lebenszufriedenheit. In Deutschland und in Österreich bezeichnen sich etwa 8 von 10 Befragten als glücklich, gegenüber 9 von 10 Befragten in den übrigen westeuropäischen Ländern.

➔ Abb. 1

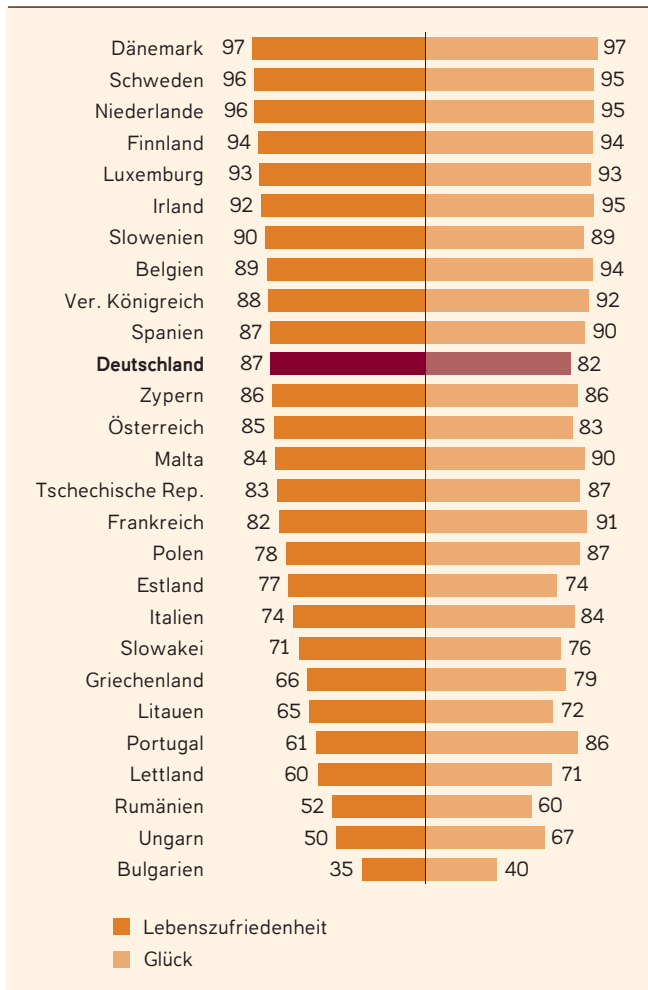
Während sich Lebenszufriedenheit und Glück auf das aktuelle subjektive Wohlbefinden beziehen, basiert die Bewertung der gegenwärtigen persönlichen Situation im Vergleich zur Situation vor fünf Jahren und die Erwartung zur persönlichen Situation in den nächsten fünf Jahren auf Veränderungen der Lebensverhältnisse im Zeitverlauf und Vergleichsprozessen. Hier zeigt sich, dass es in einigen neuen Mitgliedsstaaten bereits zu einer spürbaren Verbesserung der Lebensverhältnisse gekommen ist. Eine Verbesserung ihrer Situation nehmen vor allem auch die Bürger sehr dynamischer Länder wie Irland und Spanien wahr. Aber auch Skandinavier berichten auf bereits hohem Niveau von einer verbesserten persönlichen Situation, ebenso wie die Briten und die Niederländer. Bei den West- und Südeuropäern hat sich die persönliche Situation deutlich seltener verbessert. Schlusslicht bilden hier die Bulgaren und Ungarn. Aber auch von den Deutschen betrachtet nur ein Viertel die persönliche Lage besser als vor fünf Jahren.

Die höchsten Erwartungen an die Veränderungen der persönlichen Lage in den kommenden fünf Jahren hegen die Balten und die Rumänen. Aber auch in Irland, Spanien, Malta, Schweden und Portugal zeigt sich etwas mehr als die Hälfte der Befragten optimistisch. Deutschland dagegen steht in Bezug auf den Zukunftsoptimismus mit Ungarn und der Tschechischen Republik an letzter Stelle. Nicht einmal ein Drittel der Deutschen glaubt an einen positiven Wandel ihrer persönlichen Situation in den kommenden Jahren. ➔ Abb. 2

### 16.2.6 Zusammenfassung

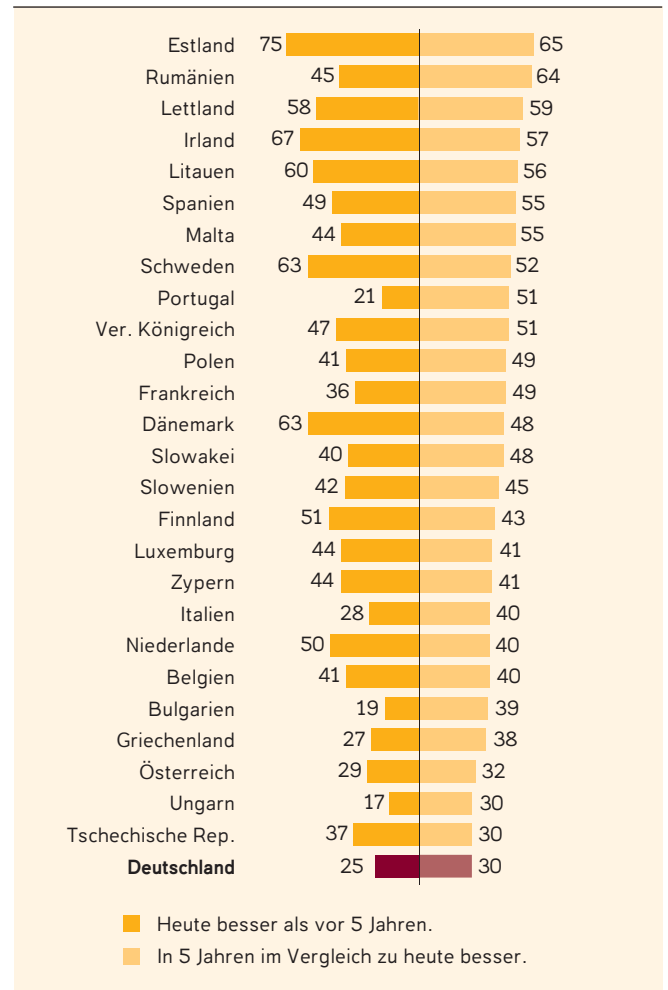
Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden fallen in der EU auch gegenwärtig recht unterschiedlich aus, wobei zwischen beiden Dimensionen der Lebensqualität deutliche Parallelen bestehen. Die größten Unterschiede gibt es zwischen den EU-Ländern Nord- und

**Abb. 1: Beurteilung von Lebenszufriedenheit und Glück (2006) im europäischen Vergleich (2007), in %**



Datenbasis: Eurobarometer 67.2 (2007), 66.3 (2006).

**Abb. 2: Beurteilung der Entwicklung der persönlichen Situation 2007, in %**



Datenbasis: Eurobarometer 67.2 (2007).

Osteuropas, sowohl was die faktischen Lebensverhältnisse als auch das subjektive Wohlbefinden anbelangt. Allerdings findet bereits eine Annäherung der alten und neuen EU-Länder statt, indem einige Neumitglieder beachtliche Entwicklungsfortschritte zeigen und sich an die Standards der Südeuropäer annähern. Derzeit lassen sich drei Ländergruppen unterscheiden: Die Spitzengruppe wird von den nordwestlichen EU-Ländern gebildet, die nicht nur einen hohen Lebensstandard halten, sondern auch wirtschaftlich erfolgreich sind und optimistisch in die Zukunft blicken. Zu dieser Gruppe muss man inzwischen auch Spanien rechnen. Die Mittelgruppe wird aus den südeuropä-

ischen Ländern und den erfolgreichsten Neumitgliedern der EU gebildet. Letztere sind vor allem die Tschechische Republik und Slowenien, in einigen Bereichen auch Polen und Ungarn. Die verbleibenden postkommunistischen Neumitglieder sowie Malta und Zypern bilden die Schlussgruppe, die jedoch viel Dynamik zeigt und sich in den kommenden Jahren noch stärker dem westlichen Lebensstandard angleichen wird. Am weitesten ist der Weg für Rumänien und vor allem für Bulgarien. Diese Gruppierung der Länder findet sich mit einigen Variationen für alle hier betrachteten Indikatoren der objektiven Lebensverhältnisse und des subjektiven Wohlbefindens wieder.

Die Position Deutschlands im europäischen Kontext ist als ambivalent zu bewerten. Bei den objektiven Lebensbedingungen belegt Deutschland trotz des Verlusts seiner früheren Spitzenstellung zwar weiterhin einen relativ hohen Rang unter den nord-westlichen EU-Ländern. Die subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen der Lebensbedingungen und das Wohlbefinden fallen hierzulande jedoch vergleichsweise negativ aus. Die wahrgenommene Verschlechterung ist sicherlich ein Hauptgrund für die auffallend negative Haltung der deutschen Bevölkerung, die in den subjektiven Bewertungen zum Ausdruck kommt.

